

J.publ.g.

91

h

J. publ. G.
91^h

Beiträge

904.9/2

Von der
Unterscheidung
zwischen
Interessen und Rechten
bei
Streitigkeiten unter Bundesgliedern.

publ. Germania
912.

Angelsburg Alta

m
BEITRÄGE

Z U R

Wissenschaft und Literatur

D E S

DEUTSCHEN BUNDESRECHTS.

I.

Von der Unterscheidung zwischen Interessen und Rechten
bei Streitigkeiten unter Bundesgliedern.

BONN, 1823.

Verlag von Eduard Weber.



V O R W O R T.

Die Quellen dieser Erörterung sind jedem Sachkundigen offen. Es ist von Anfang an für nützlich erkannt, dass die Ausbildung des Bundesrechts, auf öffentliche Verträge gestützt, auch öffentlich geschehe. Die Protocolle der deutschen Bundes-Versammlung haben diese Ansicht bewährt. Band I. bis XIII. sind in solchem Geiste erschienen. Denn Rechtlichkeit und Gründlichkeit der Deutschen haben zu keiner Zeit das Licht gescheut.

Wenn aber kein Geheimniss die Leere der Praxis verdecken könnte, so hat auch die Leere der Wissenschaft keine Entschuldigung mehr. Auch Vorurtheile müssen endlich verschwinden, wie sie auch gehegt seyn mögen. Auch die Aufnahme und das Mitwirken müssen deutsche Gesinnung, müssen deutsches Vertrauen, deutsche Gründlichkeit zeigen.

In solcher Gesinnung und Meinung sind diese Blätter geschrieben: einer ähnlichen werden sie übergeben. Ihr Zweck reicht über ihren nächsten Gegenstand hinaus.

Geschrieben im Januar 1823.

Der Herr Professor *von Dresch* hat in seinen *Beiträgen zum öffentlichen Rechte des deutschen Bundes* (Tübingen 1822. S. 79–97.) die Frage erörtert:

« Kann in den Streitigkeiten der Bundesglieder unter sich, zwischen Rechten und Interessen ein Unterschied gemacht werden? »

Diese Erörterung schließt mit folgenden Worten: « So glaubt denn der Verfasser, daß
« man keine Unterscheidung zwischen Interessen und Rechten (staatsrechtlichen und privatrechtlichen Streitigkeiten) machen könne,
« als höchstens insofern, als man zur Entscheidung jener, die gewöhnlichen Gerichtshöfe
« nicht für geeignet halten, und daher staats- und völkerrechtliche Streitigkeiten lieber der
« Entscheidung der Bundesversammlung selbst
« überlassen wolle. Er ist aber der festen Ueberzeugung, daß, wenn in Beziehung auf staatsrechtliche Streitigkeiten gar keine Entschei-

« dung Statt finden könne, der Bund in seinen
 « Grundvesten erschüttert, und bald nur noch
 « dem Namen nach, durch überwiegende Macht
 « der größern Bundesstaaten, nicht mehr aber in
 « der That und der Gesinnung nach (die allein
 « ein dauerhaftes Band ist) existiren werde. »

Ein *Unterschied* zwischen Rechten und Interessen in Beziehung auf Entscheidung am Bundestage, demnach anscheinend der von Hrn. Professor v. *Dresch* verneinte Unterschied war von *Preußen* bei Gelegenheit der Anhalt-Cöthenschen Beschwerde-Sache behauptet. Wer mit dem Verlaufe dieser Sache am Bundestage, so wie mit dem Inhalte der Bundesverhandlungen überhaupt, seit Eröffnung der Bundesversammlung, näher bekannt ist, wird zwar in der von dem Verfasser zum Grunde gelegten Begriffsbestimmung der Interessen als staatsrechtlicher Streitigkeiten, ein vorgegangenes Mißverstehn *der Behauptung* vermuthen. Hr. von *Dresch* ist jedoch einmal der Meinung, daß der Unterschied, so wie *Preußen* denselben aufgestellt habe, von ihm bestritten sey; und die Besorgnifs, die derselbe in Beziehung auf größere Bundesglieder äussert, wäre also für jetzt in Beziehung auf *Preußen* geäussert. Genug vielleicht, damit Urtheilende, die von der freilich irrthümlichen Voraussetzung, und den sodann

gleichfalls unzutreffenden Verneinungsgründen des Hrn v. *Dresch* nicht Kenntniß nehmen, sein *Schlussresultat* aber etwa zu theilen die Neigung haben, sich ihm ohne Weiteres zur Seite stellen; und, wenn man bei ihnen selbst nach Gründen fragt, auf die seinigen, als auf die darin anzu-erkennende Autorität eines deutschen Rechtslehrers, zu dem Zwecke verweisen, um die Aufstellung jenes Unterschiedes *überhaupt*, für unzulässig zu erklären.

Hr. Professor v. *Dresch* ist einer der neuern deutschen Rechtslehrer, die der Entwicklung des Bundesrechts mit Aufmerksamkeit folgen. Seine dahin gehörigen, mit Sorgfalt an einander geknüpften und nach dem jedesmaligen Ergebniss neuer Materialien ergänzten Arbeiten*) verdienen Achtung, weil sie eine allgemeine Sachkunde mit derjenigen Vorsicht zu verbinden suchen, welche für die, noch unter dem Auge der Regierungen vorgehende, in mehrerer Beziehung nicht ohne Schwierigkeit aufzufassende *praktische* Entwicklung des Bundesrechts erwartet werden kann; unter deren Voraussetzung

*) Die Schlufs-Acte — in ihrem Verhältniß zur Bundes-Acte (auch mit dem Titel: Oeffentliches Recht des deutschen Bundes. Erste Fortsetzung.) Tübingen. 1821.

aber, die unterhaltene Theilnahme der Sachkundigen auch sachförderlich und insbesondere zur allmählichen Heranbildung des Systems nothwendig erscheint. Denn ohne Zweifel wird den öffentlichen Rechtslehrern auf deutschen Universitäten keinesweges verweigert oder verdacht werden können, wenn sie mit selbstthätiger Auffassung den Stoff zu ordnen suchen, welchen öffentliche Urkunden und Verhandlungen, in mehr oder weniger bestimmten Grundzügen, zu Darstellung eines Rechtsgegenstandes allmählig darbieten, dessen stattfindende auch wissenschaftliche Mittheilung immer mehr erwartet und vorausgesetzt werden muß. Vielmehr dürfte es von den Regierungen achtend anerkannt werden, wenn ein größeres, für eine solche Mittheilung zwar wohl empfängliches, nicht aber zu eigner Zusammenstellung des Stoffes geeignetes Publikum, insbesondere aber das heranwachsende Geschlecht von Rechtsgelehrten und Staatsdienern, auf solche Weise mit dem Standpunkte bekannt gemacht wird, den eine regelmäßige Ausbildung der neuen gemeinsamen Verhältnisse Deutschlands bereits erreicht hat, oder als erreichbar voraussehen, auch hinreichend vorbereitet zum Theil schon aufzeigen läßt. Mit der auf solche Weise systematisch gewährten Uezeugung: *dass sich allmählig etwas Festes und*

Bleibendes, Zuverlässiges und Allgemeines, Nützlich und Gerechtes, in den innern Verhältnissen des wiederhergestellten Deutschlands gestalte, wird auch vielleicht die noch häufig sich zeigende Gewohnheit verschwinden: in Demjenigen, was am Bundestage geschieht, *jene Einseitigkeit diplomatischer Bewegungen* zu vermuthen, mit welcher wo möglich auf alles Andere, nur nicht auf die Gründung eines neuen deutschen Gemeinwesens gewirkt werden soll. Von ganz naher und bestimmter Wichtigkeit erscheint aber ein besonnenes Hinwirken deutscher Rechtslehrer auf wissenschaftliche Anordnung des bereits vorhandenen Stoffes, in der unmittelbaren Beziehung auf denjenigen praktischen Gebrauch, der bei Behörden*) der Bundesstaaten, insbesondere und namentlich bei deutschen Gerichtshöfen, von den erfolgten

*) Wie bestimmt sich dieses Bedürfnis zu erkennen giebt, heweist die systematische Arbeit eines deutschen Geschäftsmannes in der Schrift: *Das Recht des deutschen Bundes. Ein Lehrbuch von Dr. Rudhart, k. baierischen Ministerial-Rath etc.* Stuttgart und Tübingen 1822. «Das Bedürfnis und der Wunsch meiner Regierung, sind die Veranlassung dieses Buches,» sagt der Verfasser zu Anfang der Vorrede.

Feststellungen schon wirklich gemacht werden muß; indessen die Verhandlungen am Bundestage in angelegten oder auch beendigten Regulativen, zwar den *Stoff* eines bundesrechtlichen Systems, nicht aber *das System selbst* gewähren, ein unterstützendes wechselseitiges Entgegenkommen der Theorie und Praxis, wohl aber niemals nothwendiger gewesen, als wo, wie in der *bundesrechtlichen* Gerichts- oder sonstigen Praxis, ein völlig neuer und kaum entwickelt zu nennender Stoff, bereits wirklich *in Anwendung treten* soll, auch in einzelnen Beispielen, mit zurückkommenden Schwierigkeiten und Anfragen deutscher Gerichtshöfe, das Bedürfnis der Verschmelzung einer besonnenen Praxis mit einer hinreichend entwickelten oder mit Vorsicht befolgten Theorie, sich deutlich genug hat bemerkbar lassen. Ergäbe sich nun auch noch bei solcher Gelegenheit, daß von dieser oder jener Bundesregierung (größerer oder kleinerer, nach *unserer* Ansicht) nach einer befriedigenden Anordnung erheblicher Verhältnisse mit besonderem, wenn auch manchmal verkannten oder gemißdeuteten Fleiße hingearbeitet worden; so wäre damit auch noch eine *Rückwirkung aus ruhiger Wissenschaftssphäre*, für Geschäftsstellungen gewonnen, die, nach der Natur der Gegenstände, dieser Art der Rückwirkung, sie

komme von wem sie wolle, aus der Nähe oder Ferne, vielleicht nicht ganz entbehren können.

In wie weit der mehrgenannte deutsche Rechtslehrer, gerade bei diesem einzelnen Anlasse, eine Wirkung letzterer Art *bis dahin* gefördert habe, darüber sind wir mit ihm selbst zu rechten keinesweges gemeint, und am wenigsten im Eingange einer Erörterung, die unumgänglich auf Irrthumsquellen aus verdunkelter Verhandlung zurückweist. Je weniger aber, nach vorentwickelter Bewandniss, die Wichtigkeit wissenschaftlicher Mit- oder Rückwirkung verkannt werden kann, und um so thätiger insbesondere Hr. *von Dresch* sich für die wissenschaftliche Ausbildung des Bundesrechts angeführtermassen zeigt; um so wichtiger erscheint, dafs, was die Aeufserung über den vorliegenden Gegenstand betrifft, mit möglichster Entfernung alles Dessen, was nicht den Charakter wissenschaftlicher Zweckes-Verfolgung an sich trägt, bestimmt, so wie es wirklich geschehen kann, gezeigt werde:

Diese anscheinend erfolgte Widerlegung des von Preussen behaupteten Unterschiedes sey keine wirkliche, sondern eine vermeinte; und es sey vielmehr Dasjenige, was, in der Möglichkeit seiner Vereinigung unter verpflichtender Maasregel,

von Preussen bestritten worden, auch gerade von Niemanden bestimmter gesondert als von dem Verfasser.)*

I.

In der Kürze ist das Misverständniß schon angedeutet. Für Herrn v. Dresch sind, wie seine wörtlich angeführte Begriffsbestimmung zeigt,

*Streitigkeiten über Interessen und Rechte :
staatsrechtliche und privatrechtliche Streitigkeiten.*

Der Verfasser versteht also auch unter dem Interessenstreite einen wahren und wirklichen

*) Indem wir der ganzen Untersuchung hiemit ihren Zweck bestimmt vorzeichnen, halten wir absichtlich die Frage entfernt: Wie ist Hr. Pr. v. Dr. zu seiner irrthümlichen Voraussetzung gekommen? « Ohne uns irgend auf die Sache einzulassen, bei welcher diese Behauptungen aufgestellt wurden, » so hebt der Vf. S. 84 seine Erörterung an; und dieser Vorsatz wäre keinesweges zu tadeln, wenn nur Hr. v. Dr. soviel Kenntniß von der Sache selbst genommen hätte, um den Sinn des Behaupteten nicht zu verfehlen. Hr. Pr. v. Dr. sagt S. 87 « In dem Sinne, in dem das Interesse

Rechtsstreit, nur einen staatsrechtlichen, entgegengesetzt dem privatrechtlichen. « Es ist gezeigt worden, sagt der Verfasser, daß wenn
 « die Interessen sich überhaupt in der menschlichen Gesellschaft (einer Rechtsgesellschaft)
 « geltend machen wollen, sie nicht nur etwas
 « *Nützliches* für einen Theil, sondern auch zugleich ein Recht seyn müssen. *Das bloße Interesse* — fügt Hr. v. Dresch hinzu — *hat so wenig irgend ein Recht sich geltend zu machen,*

Eins ist mit dem Nützlichen, wurde es *gewiß nicht* genommen; auch das Interesse ist ein Recht, nur daß man (*aus Gründen*) den *Ausdruck* nicht gebrauchte, nur ein Recht anderer Art.» Wenn nun aber das Resultat unserer Untersuchung kein anderes ist und seyn kann, als daß dasjenige Interesse, von welchem Preußen geredet, *kein Recht anderer Art, kein Recht, gar keins*, selbst im *Sinne des Hrn. Pr. v. Dr.* nicht gewesen; sollte derselbe denn nicht wünschen müssen, die Sache selbst in der That untersucht, und sich dadurch vor *Misdeutungen* gesichert zu haben, in welchen er, nach Lesung dieser Erörterung, falls er auch bei ihrem Inhalt noch etwas zu erinnern fände, den Character der Wissenschaftlichkeit nun selbst vermissen dürfte.

*« als die blofse Gewalt. Das blofse Interesse ist
« rechtlos. »*

Wer sich daher *aufrichtig* bei Hr. v. Dresch belehren will, mufs seine Frage so stellen: Was sind dem Verfasser Recht und Interesse, *wenn er ihre Vereinigung behauptet?* Was scheint ihm auferdem das Interesse zu gelten, *wenn er damit den gewöhnlichen Sinn verknüpft?*

Wie man auf's Deutlichste sieht, hat der Verfasser, nach einem sehr bestimmten Gegensatze, nicht etwa unter staatsrechtlichen Streitigkeiten *alle und jede* Streitigkeiten und Behauptungen, (Differenzen und Prätensionen) verstanden, die im staats – oder völkerrechtlichen Verhältnisse irgend vorkommen, *wenn auch als Rechte nicht darzustellen sind*; sondern, ganz entgegengesetzt: staats – oder völkerrechtliche Streitigkeiten in solchem Sinne, dafs es in denselben sich *ganz entschieden* um ein *Recht* handelt; *dafs demnach ein solches als darin vorkommend, von Anfang an klar oder doch erweislich sey.* Wäre über diese bestimmte Meynung des Hrn. v. Dresch noch der mindeste Zweifel, so würde er sich durch nachfolgende fernere Aeufserung völlig lösen. « In so fern man nun annimmt, (fügt « Hr. v. Dresch seiner Begriffsbestimmung der « Interessen hinzu), dafs der Bund überhaupt « zur Aufrechthaltung eines Rechtszustandes

« berufen sey, so muß man auch annehmen,
 « dafs sich dieses sein Recht und seine Verpflich-
 « tung auf Aufrechthaltung *aller* Rechte erstrek-
 « ken, also auch auf Interessen, *die, wenn sie*
 « *gültig seyn sollen, zugleich Rechte seyn müssen;*
 « dafs also der Bund berufen sey, zur Aufrecht-
 « haltung eines Rechtszustandes auch *diejenigen*
 « *Streitigkeiten* zu entscheiden, die sich darüber
 « *erheben,*

« dafs ein Theil behauptet, in seinen In-
 « teressen (Rechten) von dem andern ge-
 « kränkt zu seyn, was der andre läugnet,
 « indem er anführt, er habe *blos sein*
 « Interesse (welches zugleich *sein Recht*
 « sey) geltend gemacht. »

Wir sehen also: der Bund, als zur Auf-
 rechthaltung eines Rechtszustandes berufen, soll
 auch Interessen aufrechthalten, die *zugleich*
Rechte sind, aber auch *nur diese*; und wenn Strei-
 tigkeitsfälle entstehen, wo es *zweifelhaft ist*, an
 welcher *Seite* das Interesse zugleich ein Recht
 sey; so soll auch dieses, d. i. wie man sich in
 der Kürze ausdrücken kann, *der Ort des so*
beschaffenen Interesses entschieden, somit
 und auf diese Weise in allen vorkommenden
 Fällen *das Interesse, welches zugleich ein Recht*
ist, klar gestellt werden. In *solchem* Sin-
 ne, und zu *solchem* Zwecke, der überall und

ohne Ausnahme die unmittelbare *ursprüngliche Klarheit*, oder die nachfolgende *Aufklärung eines wirklich schwebenden Rechtes* und *seines Ortes*, (im Zweifelsfalle) will und voraussetzt, glaubt der Verfasser, wie er sich schliesslich ausdrückt:

« Dafs man keine Unterscheidung zwischen
 « Interessen und Rechten (staatsrechtlichen und
 « privatrechtlichen Streitigkeiten), machen könne,
 « als höchstens in sofern, als man zur Entschei-
 « dung jener die gewöhnlichen Gerichtshöfe nicht
 « für genügend halten, und daher staats – und
 « völkerrechtliche Streitigkeiten lieber der Ent-
 « scheidung der Bundesversammlung überlassen
 « wolle. »

Was dem Verfasser demnach Interessens-
 Sachen sind, wenn er ihre *Vereinigung* mit
 Rechtssachen, *in verpflichtender Streitentschei-
 dung*, behauptet, liegt auf's deutlichste vor.
 Es sind staatsrechtliche Streitigkeiten im streng-
 sten Sinne, demnach dergestalt, dafs, wenn
 das wirkliche *Schweben der Sache um ein Recht*
 zweifelhaft ist, *dieser Zweifel zu lösen* sey.
 Ausserdem erklärt noch der Verf., dafs die Ent-
 scheidung staatsrechtlicher Streitigkeiten wenn
 nicht bey gewöhnlichen Gerichten, doch we-
 nigstens durch *die Bundesversammlung selbst*
 erfolgen müsse. Wir haben also folgende drei

Resultate, als von ihm selber festgestellt, zu betrachten:

1. Interessen-Sachen, die in der Streitentscheidung mit Rechtssachen in gleich bindender Maasregel vereinigt werden sollen, *sind selbst Rechtssachen*. Sie sind Streitigkeiten um Rechte *aus dem Staatsrechte*.

2. Wo ein *Zweifel* Statt findet über die *Natur* des *angebrachten* Interesses, oder über *dasjenige* vorkommende Interesse, welches *zugleich ein Recht* ist, über den *Ort* desselben, muß dieser *Zweifel gelöst* werden.

3. Streitigkeiten, welche über Interessen entstehen, die zugleich Rechte sind, müssen, wenn auch Gerichte deren Entscheidung nicht leisten sollen, doch wenigstens *durch die Bundesversammlung* (in irgend einer Art) *entschieden* werden.

Wir verknüpfen hiemit nun folgende drei vergleichende Fragen:

1. Ist *von Preussen* behauptet, daß *staatsrechtliche* Streitigkeiten, entgegenstehend den *privatrechtlichen*, ihre Entscheidung am *Bundestage nicht* erhalten könnten.

2. Hat *Preussen* behauptet, daß ein entstandener *Zweifel* über die stattfindende Verknüpfung des Rechts mit dem Interesse, in einer *angebrachten Streitsache*, nicht förmlich *geho-*

ben, der wirkliche *Ort* des so beschaffenen Interesses nicht *aufgeklart* werden solle?

3. Hat *Preussen* behauptet, dafs staatsrechtliche Streitigkeiten (entgegengesetzt den privatrechtlichen*) seyen sie solche klar und

*) Wir halten den Controverspunkt allein durch den Gegensatz absichtlich fest, um möglichen neuen Mißverständnissen oder einem ableitenden Eingehen in den Begriff (oder in die Verdeutlichung) des Staatsrechtlichen *an und für sich*, als hier nicht nothwendig, zuvorzukommen. Preussens Gegensatz ist: *Das Rechtliche und Nichtrechtliche*. Das *Nicht-Privatrechtliche* (das nicht Mein und Dein betreffende, wie Hr. v. Dresch sich ausdrückt) hier näher zu bestimmen oder einzutheilen, wäre ganz überflüssig. Dafs Preussen schlechthin *nur das Nichtrechtliche* von gleich verpflichtender (so fort oder *eventuell* verpflichtender) Maafsregel ausgeschlossen hat, darauf kommt es bei der ganzen Untersuchung an. Und derjenige, der diesen allgemeinen Gesichtspunkt, zugleich mit der hinzugefügten Nebenbestimmung, mit *gleicher* Schärfe faßt und festhält, hat über die *allgemeine Frage*, wie über den vorgekommenen bekannten *Anwendungsfall* — *in zwei Worten* (in zweien *buchstäblich*) entschieden. In denselben ist *der Schlüssel* des ganzen, besondern und allgemeinen Streites.

entschieden *von Anfang an*, oder doch *erweislichermassen*, nicht einmahl bey der Bundesversammlung überhaupt entschieden werden könnte?

Wer nur einigermaßen, theils mit denjenigen Anordnungen, die als von der Bundesversammlung erledigt schon bestehen, oder doch bestimmt vorbereitet sind, theils mit neuen, wiederum sich darauf beziehenden allgemeinen und besondern Verhandlungen und Vorgängen bekannt ist, weifs vorläufig, dafs Behauptungen der unter 1 und 3. bemerkten *Art*, streng *unmöglich* gewesen, eine veranlafste *Zweifelslösung* aber wie unter 2.: *ob* ein klagend angebrachtes Interesse mit *einem Rechte verknüpft* sey? am allerwenigsten *von Preussen* verhindert worden.

Was zuvörderst die Unmöglichkeit jener Behauptungen betrifft; so ist aus der Reihe und dem Inbegriffe sämtlicher Verhandlungen am Bundestage, seit dessen Eröffnung, bekannt, oder auch aus geschehener öffentlicher Mittheilung der Protocolle noch jederzeit zu ersehen, dafs niemals ein Zweifel oder eine verschiedene Meynung *darüber* Statt gefunden hat: dafs staatsrechtliche Streitigkeiten, eben so wohl als privatrechtliche, (insofern man nur mit dieser Bezeichnung, alle Streitigkeiten, die rechtliche Natur in Wahrheit haben, klar und be-

stimmt begreifen und eintheilen will) ihre Entscheidung am Bundestage unmittelbar oder durch Einleitung desselben finden müssen. Man mochte *das Entgegengesetzte* der privat- oder civilrechtlichen Streitigkeiten ausdrücken oder wiederum weiter eintheilen, wie man wollte: erforderlich zu Erfüllung der gesetzlichen Anordnung war und erschien unzweifelhaft zu jeder Zeit: daß überall, wo wirklich und erweislich *um Rechte* gestritten ward, die Streitigkeit unter Einwirkung der Bundesversammlung beygelegt werde. Ja, es war bestimmt vor auszusehen, daß, da überhaupt von Beylegung der Streitigkeiten *zwischen Regierungen* die Rede war, diejenigen Fälle, in welchen über *andre*, als aus dem Civil- oder Privat- Rechte entstehende Rechte gestritten würde, die meist vorkommenden seyn würden, demnach namentlich Streitigkeiten um Staats- oder Regierungs- Rechte keinesweges ausgeschlossen werden könnten. Demnach aber hatte auch die allgemeine Anerkennung dieser Nothwendigkeit die Folge, daß der in Wahlform oder austrägalmäßig eingeführten Entscheidung durch die obersten Gerichtshöfe der Bundesstaaten, als welche mehr zur Entscheidung privatrechtlicher (oder privatrechtlichgearteter) Streitigkeiten geeignet erscheinen konnten, wenigstens zu möglicher Auswahl noch

ein wiederum auf eigenthümliche Weise zu bildendes *Compromifs* zur Seite gestellt, so mit, ganz in der von dem Verf. bemerkten Absicht, schon *ein Mehreres* entwickelt und festgestellt ward, als demselben nach obiger Aeufserung bekannt oder vielmehr in augenblicklicher Erinnerung gewesen. Dieses *Compromifs* ist als ein *Compromifs* im strengsten Sinne verstanden. Dasselbe soll eine schließliche Rechtsentscheidung gewähren, wie ein Gerichtsspruch; und es ist demnach gar nicht mehr nothwendig, oder noch übrig, dafs *hierüber* etwas bestimmt, oder Gegenstände *solcher* d. i. staats- oder politisch-rechtlicher Art, *als sey ein bestimmtes Erledigungsmittel noch gar nicht angeordnet*, in *unbestimmten* Entscheidungsformen noch der Bundesversammlung *überhaupt*, wie der Vf. schliesslich erforderlich glaubt, vorbehalten worden.

Je strengere Formen nun aber auch, selbst in *dieser* Beziehung auf staats- oder politisch-rechtliche Streitgegenstände, bereits ausgebildet vorliegen, um desto nothwendiger ist, so wie es mit obiger Aeufserung des Hrn. v. Dresch auch völlig stimmt, dafs die denselben zu unterwerfenden Gegenstände auch wirklich Rechtssachen im eigentlichen Sinne seyen, *dafs ihnen die Rechtsnatur klar oder erweislich beywohne.*

Denn wenn dieses nicht der Fall wäre, so entstände allerdings *andrerseits* der auch von dem Verfasser berührte Widerspruch mit dem Art. LIII. der Schlussakte, *) nach welchem in der innern Staatseinrichtung und Staatsverwaltung der Bundesstaaten keine Bundeseinwirkung statt finden soll. Eine Collision von Rechten im strengen Sinne muß wirklich vorhanden und aufzuzeigen seyn. Denn darin allein ist noch Haltung und Grenze zu finden, wenn nach Art. 11. der Bundesakte, um Friedensstörungen im Bunde abzuwenden, auch Staates- oder Regierungs- oder politische Rechte, (ohne Ausnahme oder in

*) Hr. Pr. v. Dr. sagt in Beziehung auf diesen Artikel: «das *besondere* Gesetz geht immer dem *allgemeinen* vor; also auch das *besondere* Gesetz: daß über *streitige Rechte* (ohne Unterschied) der Bund zu entscheiden habe, dem *allgemeinen*: daß *in der Regel* sich die Einwirkung des Bundes auf innere Regierungs-Verhältnisse nicht erstrecken dürfe.» Wir unterschreiben dieses (den Gegensatz des Rechtlichen und Nichtrechtlichen unzweideutig vorausgesetzt), ganz *unbedenklich*, und wünschen, daß Hr. v. Dr. auch bei diesem Anlaß bemerke, wie der anscheinende Mangel an Uebereinstimmung zwischen ihm und uns lediglich auf das Mißverständniß des Behaupteten zurückweicht.

weitester Umfassung gedacht) als streitig *anzubringen* sind, zugleich aber das mit vorbemerkttem Artikel der Schlufs-Acte bezeichnete Gebiet unverletzt bleiben soll. Nichts ist noch übrig, als: in Fällen, wo die Rechtscollision als solche zweifelhaft ist, *die Zweifelslösung*. Dafs aber dieselbe, so wie sie vorgedachtermassen von Hrn. v. Dresch vollkommen deutlich angegeben worden, und im Zweifelsfalle den wahren *Ort* des mit einem Rechte verknüpften, zu dermaliger Geltung kommenden Interesses bestimmen soll, am allerwenigsten von Preussen verhindert ist, vielmehr *um* deren von Preussen geschehene *Anforderung*, die Anhalt – Cöthensche Beschwerde – Sache, so wie die nachgefolgte allgemeine Aufstellung, sich *lediglich gewendet* hat, auch letztere dermalen *noch wendet*, wird Folgendes nunmehr darthun.

II.

Nach Anbringung der mehrbemerkten Beschwerde – Sache mußte sich zunächst jene Hinneigung zu Förderung gütlichen Vergleichs zeigen, die der Bundesversammlung in ihrer Stellung zwischen streitenden Bundesregierungen eben so natürlich, als vorgeschrieben ist.

Wäre eine solche Hinneigung und die dadurch bestimmte, diesen Character rein und ausschließlich an sich tragende erste Einleitung in einem vorkommenden Beschwerdefalle von einem entsprechenden Erfolge *sofort begleitet*, so daß dabey das Bedürfnis einer näheren Entwicklung des Streites und der Streites-Natur gar nicht hervorgetreten wäre, so wäre die Bundesversammlung damit ihrer Verpflichtung zu Aufrechthaltung des Friedens im Bunde, auf eine Weise gefolgt, die, ohne nähere Eingehung in die Bewandnis des Gegenstandes, die Befriedigung beider Theile zur Folge gehabt hätte. In dieser Art wäre also auch in der Anhalt-Cöthenschen Beschwerde-Sache durch einen Vermittlungsversuch ganz allgemeiner und unbestimmter Art, der sich *einstweilen* mit Beylegung des erhobenen Streites, nicht als eines an und für sich klaren, oder erwiesenen und formirten Rechtsstreites, sondern als einer angebrachten Beschwerde eines Bundesstaates über den andern, einer Beschwerde ohne Weiteres, *unverfänglich* hätte beschäftigen wollen, — jener unbedingt begründeten Aufforderung, zum Frieden zu wirken, auf eine Weise genügt, deren vollkommene Pflichtmäßigkeit irgend einem begründeten Widerspruche nicht unterworfen gewesen wäre. Ein

Vermittlungs – Versuch dieser Art, war aber nicht derjenige, der, verfassungsmässig bestimmt, als Typus vorlag; sondern, sobald im Sinn vorliegender Anordnungen das Wort Vermittlung ausgesprochen, oder die Vermittlungs – Stufe im Verfahren erreicht war, so war in der angebrachten Beschwerde – Sache auch *die Rechts-Natur befestigt*, der Zeitpunkt also *überschritten*, wo ein erhobener Zweifel über diese Natur gelöst werden konnte. Die Verfänglichkeit *der Mafsregel* war entschieden vorhanden; die Verfänglichkeit der Mafsregel *an und für sich*, schwierig zwar zurückzuweisen im Augenblick versuchter Anwendung, noch schwieriger aber oder gar unmöglich, *nachträglich* zu berichtigen. Es hatte nemlich mit der in solchem Zusammenhänge versuchten Anwendung diejenige Bewandtnifs, über welche Preussen sich in derselben Erklärung ausgesprochen hat, mit welcher Herr v. Dresch seine Abhandlung eröffnet.

« Die Bundesversammlung kennt nur ein
 « Vermittlungsverfahren, sagt Preussen, wel-
 « ches, sobald es sich erfolglos gezeigt hat, zur
 « richterlichen Entscheidung, sey es durch
 « Schiedsrichter oder ein in Austrägal – Form ge-
 « wähltes Tribunal, *unmittelbar* und *ohne Wei-*
 « *teres*, übergeht. Es findet hierbey die Analogie
 « desjenigen Begriffes Statt, nach welchem ein

« Vergleichsverfahren in Rechtsstreitigkeiten zwi-
 « schen Privatpersonen, vor Eintritt des Rechts-
 « verfahrens im engeren Sinne Statt hat: so wie
 « allerdings auch der betreffende Artikel der
 « Bundesakte, in dem hiehergehörigen Abschnitte,
 « sich dieser Analogie lediglich anzuschließen
 « scheint. Eine solche Bestimmung Statt finden-
 « der Vermittlung ist vollkommen zweckmäfsig
 « und reicht aus, wenn und sobald, in einer Be-
 « schwerdesache, ein wirklicher Rechtsstreit
 « sich klar herausgestellt hat. Sie ist aber un-
 « passend und unzulänglich, wenn der Streit um
 « eine Collision von *Interessen*, entweder deutlich
 « von Anfang an sich wendet, oder wenn im
 « Zweifelsfalle vor Anordnung des Vergleichs-
 « Verfahrens, nicht lediglich erst darüber ent-
 « schieden worden, ob es der Fall sey oder
 « nicht. Im ersten Falle würden Bundesregie-
 « rungen, wenn sie das Vergleichs - Verfahren
 « eintreten liefsen, einen Streit um collidirende
 « Interessen, dem *richterlichen* Ausspruche an-
 « derer Regierungen bewußt unterwerfen, als
 « welches sie zwar freywillig thun, niemals aber
 « sich dazu verpflichten lassen können. Im an-
 « dern Falle aber, bey zweifelhafter Bewandt-
 « nifs des Streitobjects, hätten sie sich wenigstens
 « in den *Anschein* gesetzt, dem richterlichen
 « Ausspruche sich *vorläufig unterworfen* zu ha-

« ben, wenn auch das Object, als um Interessen,
 « *nicht* um Rechte schwebend, wirklich hervor-
 « ginge. Im einen wie in dem andern Falle zeigte
 « sich ein Resultat, welches ohne Zweifel von
 « keiner der Bundesregierungen, die an Errich-
 « tung einer Austrägal-Ordnung arbeiten, ge-
 « wollt wird, und welches, wenn der Uebergang
 « einer nicht zum Vergleich gediehenen Interes-
 « sen-Sache, an ein *Tribunal* geschähe, zu kom-
 « promittirenden Belehrungen und Rückverwei-
 « sungen führen müßte. »

So drückte Preussen, in Anwendung zweyer,
 an und für sich klarer, und einen sehr einfachen
 Gegensatz bestimmt andeutender Begriffe, —
 so wie in gerader und deutlicher Schlußfolge, —
 über das Resultat sich aus, welches ein, be-
 schriebenermaassen zu *rechtlicher Folge even-*
tuell eingeleitetes Vermittlungs - Verfahren,
 in den Fällen herbeyführen müßte, wo, » *ein*
wirklicher Rechtsstreit » (so lautet die gerade
 und unverfängliche Bezeichnung), sich vor Ein-
 leitung eines so beschaffnen oder so gestellten
 Vermittlungs-Verfahrens nicht klar herausge-
 stellt habe, — und ein Erfolg der versuchten
 Vermittlung nun wirklich *nicht erreicht* wurde.
 Hätte der bemerkten einfachen *Bezeichnung* einer
 einfachen Sache noch Etwas an der Begriffsver-
 deutlichung gefehlt, mußte Solches denn nicht

aus der so und nicht anders schliesslich entwickelten *Folge* auf's Klarste hervorgehen? Am auffallendsten freylich mußte das beschriebene Uebel sich zeigen, wenn ein Gegenstand, in welchem jener Grundzweifel nicht gelöst worden, vor ein Gericht gebracht wurde. Dieselbe Rechtskränkung in Beziehung auf den Angefochtenen: eine Unabhängigkeits - Verletzung nach dem Art: LIII. der Schlufsakte im eigenen vorbemerkten Sinne des Hrn. v. Dresch; *ein richterlicher Eingriff!* so wie die zurückwirkende Compromittirung der Bundesversammlung aus einem verfehlten Verfahren, mußte sich aber auch, aus einer schiedsrichterlichen, als einer gleichmäfsig richterlichen Entscheidung, auf gleiche Weise ergeben. *)

Mit derselben Aeufserung der preussischen Regierung, deren unumwundener Inhalt am we-

*) «Die Anwendung eines Rechtsverfahrens auf einen Streit um Interessen (sagt Preussen in einer Erklärung, welche die besondere Aufmerksamkeit des Herrn v. Dresch verdient hätte, Protocolle Bd. XII. S. 120 - 23) würde nicht nur eine völlig unangemessene meistens ganz *unausführbare* Art der Ausgleichung enthalten, sondern selbst eine *völlig ungerechte*, wenn nicht endlich die Gerichte *selbst* ihren Beruf nur nach deutlichen Begriffen zu leisten

nigsten für einen Rechtslehrer noch eine Dunkelheit übrig zu lassen hätte scheinen können, eröffnet nun freilich Hr. v. *Dresch* seine Abhandlung, und glaubt die darin aufgestellte Behauptung am Schlusse *widerlegt* zu haben. Wenn Hr. v. *Dresch* jedoch nunmehr die Worte: « *ein wirklicher Rechtsstreit* » in dem Sinne nimmt, in welchem Preussen dieselben, mit unbedingter Strenge, und ohne den « *wirklichen* » Rechtsstreit mit einem *privatrechtlichen* zu verwechseln, genommen hat, so muß derselbe dem gleichen Resultate so unbedenklich beipflichten, als ausser allem Zweifel sodann steht:

- 1) dafs *dasselbe* Interesse, dessen versuchte Geltendmachung durch eine rechtliche Entscheidungsmaasregel, Preussen *unzulässig* und in Hinsicht dessen es die *eventuelle Un-*

vermöchten.» — «Diese Anwendung sey schlechthin ungedenkbar, und in sich selbst widersprechend; und es handle sich hier gar nicht um etwas, *was die Preussische oder irgend eine Regierung möglicher Weise einräumen oder als schon verfügt sich denken könne*, sondern um Etwas, *was der nicht abzuändernden Natur der Dinge widerspreche*, demnach eben so wenig von einer Regierung als von irgend einem Einzelnen, *der richtig urtheile*, einzuräumen stehe.» —

terwerfung für mißlich und verwirrend, zu Compromittirung führend, erklärt, *kein anderes Interesse* ist, als dasjenige, von welchem Hr. v. Dresch erklärt: *dafs es rechtlos sey*;

als ausser allem Zweifel sodann steht:

- 2) *dafs* von Preussen mit seiner ganzen Aufstellung allein behauptet worden, *dafs* das dem Angefochtenen rechtlos erscheinende Interesse, als ein mit einem wirklichen Rechte vergesellschaftetes, *darzuthun* sey; und *dafs diese* Behauptung vollkommen mit der Anforderung des Hrn. v. Dresch zusammentrifft: „der Bund habe auch diejenigen Streitigkeiten zu entscheiden, die sich darüber *erheben*, *dafs ein Theil* behauptet, in seinen Interessen (Rechten) von dem andern gekränkt zu seyn; was der andre läugnet, indem er anführt, er habe blofs *sein* Interesse, welches zugleich *sein Recht* sey, geltend gemacht.“

Kann es denn noch eines Mehreren bedürfen, um erwiesen zu halten, was wir erweisen wollten; nämlich: *dafs diese* anscheinend erfolgte *Widerlegung* des Unterschiedes zwischen Rechten und Interessen in der Streitesbeilegung am Bundestage, keine wirkliche, sondern eine *vermeinte* sey, und *dafs*, ganz entgegengesetzt,

durch diese *Widerlegung* der wirklich *behauptete* Unterschied mit vollkommener Bestimmtheit *bestätigt* sey.

III.

Wir glauben genug gesagt zu haben, um Hrn. Professor *v. Dresch* zu überzeugen, daß der wirkliche, nicht im Mißverständniß der Behauptung befangene Sach-Inhalt seiner Ausführung, alles von Preußen bei diesem Anlaß Behauptete stützt, demnach auch, in seiner Anwendung auf dieses Behauptete, nochmals von ihm selbst erwogen und öffentlich benutzt zu werden verdient, damit nicht Dasjenige, was einer genügenden Ausbildung des Bundesrechts in dem erörterten Gegenstande hat dienen sollen, zu Erschwerung oder Verdunkelung desselben mißverständlich gebraucht werden könne. Was zu gründlicher Anstellung dieser Erwägung noch ferner etwa erforderlich ist, könnten wir dem Hrn. *v. Dresch* selbst hinzuzufügen zuversichtlich überlassen. Denn, was Preußen verlangt hat, ist *rechtlich* so klar, daß es uns schon bis dahin Mühe gemacht hat, einem Rechtslehrer gegenüber, in Ausführung des Sinnes und der

Absicht mit einiger Umständlichkeit einzugehen. Die Schwierigkeit des Gegenstandes bei weiter geführter Erwägung könnte lediglich diese seyn: dafs die Unstatthaftigkeit des beschriebenen *Präjudizes* rechtlich *ermessen*, somit die Aufgabe einer Sachprüfung *auf Rechtsnatur* von Prüfung *des Rechtes selbst* rechtlich *gesondert* werde. Zu diesem Geschäfte wäre freilich ausser der Bekanntschaft mit gewöhnlichen und positiv hergebrachten Rechtsbegriffen, auch die *allgemeine* Urtheilsfähigkeit über Gegenstände eines erst sich bildenden Rechts, so wie die vergleichende Kenntnifs und Einsicht derjenigen öffentlichen Verträge und Anordnungen, auf welche das Bundesrecht gegründet werden soll, erforderlich. Wo diese Erfordernisse aber *zusammentreffen*, kann das Geschäft nur sehr einfach seyn. Undurchdringlich dagegen, und Mifsurtheil, bei hinzukommender Anmafsung, erzeugend, kann es allerdings *für Andere* sich zeigen, und hat vielfältig in der öffentlichen Aeusserung, in und ausser Deutschland, sich *in der That* so erwiesen.

Diese Bewandnifs veranlafst uns, *hier* noch Folgendes berichtigend hinzuzufügen, indem wir übrigens unsern Beitrag zu einer genauern Auseinandersetzung Desjenigen, was hier, ein-

tretenden Falles, *stets* zu sondern ist, an einen andern Ort verweisen. *)

Die ganze, bereits bezeichnete Schwierigkeit liegt, bestimmter ausgesprochen, in nichts Anderm, als dafs die Nothwendigkeit *vorgängiger* Entscheidung allgemeiner Rechtsnatur vor dem richterlichen *Verfahren* über das fragliche *Recht*, gewürdigt werde. Sie liegt, um es in Einem Worte zu fassen, in der *Vorgängigkeit* der *gesonderten* Entscheidung. Für Hrn. v. Dresch konnte diese Anforderung nie problematisch seyn, da er nicht allein zugiebt, sondern fordert, dafs auch ein *solcher* sich zeigender Zweifel *gelöst*, „eine darüber sich erhebende *Streitigkeit*“ durch die Bundesversammlung *entschieden* werde. Anstatt aber, dafs Hr. v. Dresch annehmen scheint, Preussen habe die Lösung eines solchen Zweifels *verhindert*, vermochte es nicht, die Anerkennung zu bewirken, dafs derselbe zu lösen, dafs auch eine *solche* Streitigkeit *überhaupt* zu entscheiden sey; und *zunächst* zu entscheiden, weil *die* Zulassung: dafs zunächst, wenn auch nur eventuell, in eine über das fragliche *Recht* entscheidende Maasregel eingegangen werde; — den Sinn und Zweck der ganzen Anforderung sichtbar *wieder aufgehoben* hätte. Ein

*) S. unten die erläuternde Zugabe.

vorübergehendes Bedenken gegen jene Vorgängigkeit konnte einstweilen gestützt werden durch den Art. 11. der Bundesakte, und mehr noch durch den Art. XXI. der Schlufsakte, welcher die einstweilige Gültigkeit desjenigen provisorischen Regulativ's anordnet, in welchem eine *ausdrückliche* hieher gehörige Bestimmung *ermangelt*, und ein vorkommender allgemeiner Ausspruch derselben, bei erster Ansicht, entgegenzutreten scheint. Wir geben jedoch dem Hrn. Professor v. *Dresch* zu erwägen, ob diesem *Bedenken* auf andere Weise Folge gegeben werden konnte, als mit *förmlicher Aufstellung* und Entscheidung folgender *Frage*:

Kann die Vorschrift des bemerkten Artikels, namentlich jener allgemein vorgeschrieben erscheinende Charakter des Vermittlungs - Versuchs, *in vorliegender Beziehung untersucht*, d. h. mit den Umständen des Falles, und mit den von Preussen vorgebrachten Gründen *verglichen*, dahin geltend gemacht werden, dafs die vorgängige Erweisung der Rechtsnatur *nicht Statt finde?* oder ist derselben *diese Wirkung nicht* beizulegen?

Wenn in einer bürgerlichen Rechtsstreitigkeit von dem Angefochtenen die Einwendung eines zu besorgenden Präjudizes gemacht wird,

so muß er deshalb gehört, zunächst in irgend einer Art darüber entschieden werden. Kann eine angefochtene Bundesregierung *weniger* fordern? *Weniger*, wenn und weil sie etwa eine *größere* ist?

Dafs jene Frage nicht aufgestellt, demnach auch verfassungsmässig nicht entschieden worden, hat den bekannten, völlig unbefriedigenden Gang der Sache herbeigeführt. Es gelang der Preussischen Regierung nicht, eine Einlenkung in das gezeigte Geleise zu bewirken. Die Weigerung *befestigte* ihren *unbestimmten* Charakter in einer dunkeln *Competenz-Behauptung*, an deren Stelle aber gleich zu Anfang die bemerkte *deutliche Frage* hätte gesetzt werden sollen, anstatt dafs Preussen in die Nothwendigkeit gesetzt ward, wiederholt, wiewohl stets vergeblich, zu zeigen: dafs die Bundesversammlung competent sey, nach Art. 11. der Bundesakte zu *Beilegung* jeder sich ergebenden Streitigkeit *zweckdienlich einzuwirken*, eine Competenz zu *präjudiziren*, jedoch *nirgends* gestattet oder vorgeschrieben seyn könne. Die Verhandlung verblieb unbeweglich auf der ersten Stufe, wo sie vorgekommen war. Sie verblieb ein *Verfassungstreit*. Es ward über das Verlangen der Vorgängigkeit erwiesener Rechtsnatur nie entschieden. Ein Verlangen, von welchem gezeigt

worden und einleuchtet, dafs es mit dem Verlangen des zu entscheidenden *Ortes* des mit dem Recht verknüpften Interesses, oder mit der Entscheidung des *darüber sich erhebenden Streites* (nach Hrn. Professor v. *Dresch*) *zusammenfalle*. Nachdem aber keine der *Leistungen* erfolgt war, welche die nothwendige Folge einer eingeführten *Entwicklung* jener *Frage* gewesen seyn würde *), erschien in der 27. Sitzung des Jahres 1821 der freilich überraschende Beschlufs, welcher den Bundesregierungen *zwei* Entscheidungswege zur Auswahl in solcher Art überliefs, dafs dabei die Entscheidung *selbst*, die Entscheidung *der Beschwerdesache*, *als unbezweifelte Rechtssache*, demnach das erörterte *Präjudiz* als *unbedingt begründet* ohne Weiteres *vorausgesetzt* ward. Da nun inzwischen und glücklicherweise der Beschwerde – Gegenstand, nicht *wie angebracht*, wohl aber in ganz veränderter Stellung erledigt ward, so konnte es für den vorliegenden Fall des Beharrens bei einem Verlangen nicht bedürfen, zu dessen *materieller* Begründung sich übrigens allerdings auch ausreichende *formelle* Motive bemerktermaafsen und in so vielfacher Art eingefunden hatten, als Preussen sie in der 33. Sitzung J. 1821

*) Man sehe die *erläuternde Zugabe*.

ausführlich darlegte. Es hätte sonst allerdings keinem Zweifel unterliegen können, dafs, was auch in dem erfolgten Beschlusse ausgedrückt seyn mochte, die Regierungen *selbst*, als an welche der Gegenstand übergeben war, nunmehr erkannt haben dürften: *eine Zurückführung des Gegenstandes auf das Verlangte könne dem Beschwerdeführenden, falls er sich wirklich in einem Forderungs-Rechte (nicht blos in einem Forderungs-Interesse) befand, keinen Nachtheil bringen; die Verweigerung aber sey auch für eine grössere Regierung doch wohl gleichmäfsig verletzend, als sie es auch für die kleinste, ja selbst für jeden Privatmann gewesen wäre.* Das Beschlossene erschien daher *entweder* im Gesichtspunkte gänzlicher *Anheimstellung* des von der Bundesversammlung Nicht-Gewährten, an die Regierungen; *oder* einer, dem *Anschein* freilich ganz entgegen, vielleicht dennoch möglichen und übrigen, jeder Verfänglichkeit entzogenen *Nachbringung* des Verlangten (etwa in anderer Form) durch die Bundesversammlung selbst. *)

*) Es ist über den Gang der Anhalt-Cöthenschen Beschwerde-Sache hier nur dasjenige im Allgemeinen bemerkt, was der Gegenstand dieser Abhandlung erforderte. Es kann aber bey

IV.

Wie dem aber auch seyn mochte, und wenn auch die vorgekommene Beschwerde-Sache, aus der Verhandlung am Bundestage völlig verschwand, so war der Preussischen Regierung einmal nahe gelegt, jeder ferneren Ungewissheit derselben Art, wo möglich, ein Ende zu machen, demnach ihrerseits zu leisten, was ausserdem auch ein fortgesetztes allgemeines Nachdenken über die wesentlichsten Bedürfnisse fernerer Feststellung in der Materie von der Streitigkeitsbeilegung, nothwendig lehren mußte. Denn die Behauptung an und für sich, dafs bei zugelassener Anbringung aller und jeder nur gedenkbarer Streitigkeiten, doch allein *Rechtsstreitigkeiten* einem *Rechtsverfahren*, mittelbar

diesem Anlaß allerdings noch Mehreres, in näherer Ausführung, nützlich erwogen werden, wozu daher die nachfolgende *Erläuternde Zugabe* bestimmt worden. Dieselbe entwickelt u. A. näher, weshalb es eben so wenig für die *Bundesverfassung*, als für Preussen, gleichgültig war, ob die *Entscheidung* über die Rechtsnatur, wollte man dieselbe wirklich einräumen, am *Bundestage selbst* festgehalten oder den Gerichten überlassen ward.

oder unmittelbar, unbedingt oder eventuell, unterworfen werden könnten, mußte, der Verdunklung durch den vorgekommenen Fall entzogen, unwiderleglich seyn. Es erschien aber wichtig, einer solchen neuen Verdunklung zuvorkommen. Demnach ward das von Preussen Verlangte — *nicht mehr und nicht weniger*, — völlig gelöst aus dem bisherigen Zusammenhange, für nunmehrige allgemeine Feststellung in der 10. Sitzung J. 1822 *) in folgenden Sätzen in Antrag gebracht:

« 1) Die Bundesversammlung ist competent, von allen Streitigkeiten unter Bundesgliedern, die bei ihr angebracht werden, Kenntniß zu nehmen, und zureichende Aufklärung über den Streitgegenstand zu verlangen. »

« 2) Da Streitigkeiten aller und jeder Art angebracht werden können, so können auch unter den angebrachten sich solche befinden, denen die rechtliche Natur gänzlich ermangelt. »

« 3) Collisionen von Interessen, in diesem jetzt bemerkten Sinne, können nicht den Gegenstand eines rechtlichen Verfahrens ausmachen, in welcher Form (gerichtlicher oder compromissarischer) es auch Statt finden möge. »

*) Protok: B. XIII. S. 212.

« 4) Es kann bei denselben ein Vermittlungs-Versuch, jedoch nur ein solcher Statt finden, welcher mit keinem eventuellen Präjudiz aus einem unbedingt nachfolgenden Rechtsverfahren verknüpft ist. »

« 5) Wenn ein Streit angebracht worden, dessen Natur als eine rechtliche nicht sofort klar, oder von beiden Seiten eingeräumt ist, so ist kein bei der Bundesversammlung Statt findendes Verfahren, als mit einem solchen Präjudiz verbunden, zu erachten, ehe nicht die Natur des Streites völlig aufgeklärt und entschieden worden; und insbesondere kann eine, irgend bindende Vermittlung, keinem der streitenden Theile bis dahin angesonnen werden. »

Diese Aufstellung war dem Hrn. Professor v. Dresch bei Abfassung seiner dermaligen Aeusserung vielleicht noch unbekannt. Könnte aber, nachdem dieselbe erfolgt ist, für ihn selbst, oder für irgend Jemanden noch ein Zweifel übrig seyn, daß jene Aufstellung eben so nothwendig in sich selber als bundesgemäfs, am allerwenigsten aber, (so wie sie bis dahin *nur* in diesem Sinne und nach solcher Nothwendigkeit geltend gemacht worden, auch für die Zukunft, und wenn und wo sie nur angewendet werden möge,) für gewisse Bundesregierungen, kleinere oder gröfsere, gefährlich sey?

Weil alle und jede Beschwerden und Streit-
sachen der Bundesglieder unter einander (dieses
will und besagt in der Kürze die Aufstellung) zur
Prüfung der Bundesversammlung, nach Art. 11.
der Bundes-Akte, gelangen können, demnach
auch solche, denen die rechtliche Natur erman-
gelt, und welche *lediglich* um Interesse schwe-
ben; *weil* ein richterliches Entscheidungsver-
fahren, welches einzuleiten die Bundesversamm-
lung in geeigneten Fällen ermächtigt ist, bei den
letzteren nicht Statt finden kann; so bedarf die
Bundesversammlung *eines verschiedenen*
Verfahrens, um dem ihr auferlegten Berufe
Genüge zu leisten. Und da eine verdunkelte
oder verfehlte Bestimmung: *ob* in einer ange-
brachten Streitsache ein Recht *oder* ein Interesse
schwebend sey? — nothwendig das Recht eines
der streitenden Theile verletzen muß; da die
Bundesversammlung, aus *Mangel entwickelter*
Formen, in einem vorgekommenen Falle in
wirklicher Gefahr oder Verlegenheit gewesen,
eine Rechtskränkung auf einer oder anderer
Seite eintreten zu lassen, so bedarf sie für die
Zukunft noch völlig bestimmter und aufgeklär-
ter Formen, um ohne Anstand und Schwierig-
keit *die Unterscheidung* zu leisten, wo sie
vorgängig gefordert wird; und Dieses um so
mehr, als auch allein die unbedingte *Anerken-*

nung des Unterschiedes, und seine *unverweigerte* Anwendung *mittelst* klarer und völlig bestimmter Formen, dem *Misbrauche* der Unterscheidung vorbeugen, und die Natur des Streit-
tes, oder den *Ort des wirklich aufrecht zu erhaltenden Rechts* unwiderleglich für beide Theile hervorgehn lassen kann. Es ist sodann *für die Zukunft* jeder Ungewissheit darüber vorgebeugt:

Ob die Unterscheidung von einem Bundesgliede *widerrechtlich verlangt*, oder ihre Zulassung von Seiten der Bundesversammlung, verfassungswidrig abgeschlagen, oder auch, wenn nicht bestimmt verweigert, doch in mangelhafter Leistung *verdunkelt* werde.

Eine Ungewissheit, in welcher entweder ein Bundesglied in der öffentlichen Meinung, oder die Bundesversammlung in ihrem Ansehen einbüßen müßte, wenn sie sich öfter, und *nach mehr ausgebildeten Verhandlungsformen* erneuern sollte. Findet diese Ungewissheit hingegen nicht Statt und erhellt in *deutlich entschiedener* Natur des Streitgegenstandes *mit überzeugender Gewissheit*, daß derselbe in einem vorgekommenen Falle *nicht* um ein gekränktes Recht, sondern um ein collidirendes Interesse schwebe; so ist sodann auch Alles geschehen, um unbedenklich eintreten zu lassen, was Namens der

preussischen Regierung in folgender, von Hrn. Professor v. *Dresch* gleichmäfsig mißverstandenen Aeufserung schliefslich eröffnet worden:

« Wenn aber auch die Competenz des
 « Bundes in Streitigkeiten der Bundes-
 « glieder unter einander, in so fern von
 « der Einleitung eines Vermittlungs- und
 « des ihm unmittelbar und ohne Weiteres
 « folgenden Austrägal-Verfahrens die
 « Rede ist, auf Fälle beschränkt wird, wo
 « in der That Rechte streitig sind, dage-
 « gen aber in solchen Fällen, wo nur In-
 « teressen in Collision stehen, ausge-
 « schlossen, so soll damit doch nicht un-
 « ter allen Umständen *jede Einwirkung*
 « dem Bunde abgesprochen seyn. Seine
 « Sorge bleibt stets, Frieden zu erhalten,
 « und Gewaltthätigkeiten zwischen Bun-
 « desgliedern abzuwehren. Die Bundes-
 « versammlung kann daher auf Be-
 « schwerde eines Bundesstaates auch von
 « der entstandenen Collision der Interes-
 « sen Notiz nehmen, und wo sie einen
 « Mangel an Bereitwilligkeit zur gütlichen
 « Ausgleichung wahrnimmt, nach den nä-
 « heren Umständen des einzelnen Falles,
 « die *Art der Einwirkung* in Erwägung
 « ziehen, und einen Beschlufs fassen, wo-

« durch jene Bereitwilligkeit *gefördert*
 « und der Zweck einer gütlichen Ausglei-
 « chung erreicht werden kann. »

Nichts ist bei erwiesenermaassen erman-
 gelnder Rechtsnatur *übrig*, als eine solche freie
 Einwirkungsform. Da sie aber allerdings nichts
 Bindendes hat und haben kann; so ist auch die
Verfehlung des Erfolgs möglich und gedenkbar;
 und es tritt sodann unvermeidlich ein, was
schliesslich einzuräumen ist.

« Sollte jedoch eine Collision der Interes-
 « sen schlechterdings unaufgelöst blei-
 « ben, so würde freilich zu bedenken
 « seyn, dass der Bund zur *Erhaltung des*
 « *Rechtszustandes**) oder der innern und
 « äussern Sicherheit der einzelnen Bun-
 « desglieder gestiftet ist, und dass, wo er

*) Hr. v. Dr. drückt die Voraussetzung, von wel-
 cher er in seiner Beurtheilung des Gegen-
 standes ausgeht, fast mit den Worten in der
 vorangezogenen Stelle folgendermaassen aus:
 « Insofern man nun annimmt, dass *der Bund*
überhaupt zur Aufrechthaltung eines Rechts-
zustandes berufen sey » etc. Da demnach *die*
allgemeine Voraussetzung bey Hr. v. Dr. völlig
 dieselbe ist, so geht auch hieraus hervor, dass
 das Missverständniss lediglich auf der verfehl-
 ten *Voraussetzung des Behaupteten* beruht.

« eine eigentliche Entscheidung streitiger
 « Rechte, in irgend einer Form an sich
 « ziehen wollte, er ganz die Gränzen sei-
 « ner Bestimmung nach Geist und Buch-
 « staben der Bundes – Akte überschreiten
 « würde. »

Sobald *dieser* Zeitpunkt wirklich eingetre-
 ten, könnte eine solche Streitsache nur noch in
 Einer Form an die Bundesversammlung zurück-
 kehren; nämlich, wenn der begehrende Theil
 eine Gewährung, die derselbe durch die Bun-
 desversammlung auf jenem frei ausgleichenden
 Wege nicht hätte erhalten können, nunmehr ge-
 waltthätig für sich auszuwirken versuchte oder
 androhte; wo sodann die Anwendung der die
 Friedens – und Besitzstörungen betreffende Art.
 XVIII bis XX. der Wiener Schlussakte in Erwä-
 gung zu nehmen wäre. Die Bundesverfassung
 ist, mit der verlangten *Unterscheidung* und deren
Folgen als beendigt und abgeschlossen in dieser
Materie — nach dem Erforderniß wesentlicher
 Feststellungen — anzusehen. Es ist nur übrig,
 dafs, wenn die *Nothwendigkeit der Unterschei-*
dung allgemein anerkannt worden, die *Formen*
ihrer Leistung ausreichend und zuverlässig ent-
 wickelt, und festgestellt werden. Dafs das Eine
 wie das Andere geschehe, ist das bundesrecht-
 liche Endbedürfnis in dieser Materie. Die Aner-

kennung der *Nothwendigkeit* kann kein Rechtslehrer versagen; und Hr v. *Dresch* namentlich hat sie, wie wir ausgeführt zu haben hoffen, in der Wirklichkeit erklärt. Die Entwicklung der *Leistungsformen* ist noch das Geschäft der Bundesversammlung, die, wo das Gegebne der Verfassung noch nicht ausreicht, an die Rückfrage bei den Bundesregierungen gewiesen ist. Sobald diese Entwicklung erfolgt ist, wird ein in der Streitigkeits-Materie zu vervollständigendes deutsches Bundesrecht, mit jenen *Formen*, wie mit der *Anerkennung an und für sich* zu ergänzen seyn; und wir zweifeln nicht, daß Hr. Professor v. *Dresch* sodann das Eine wie das Andere, nicht nur *als positiv vorhanden*, sondern auch *als in sich begründet*, und mit dem Bundeszwecke zusammenhangend, in seine wissenschaftlichen Darstellungen werde aufnehmen können und wollen.

Erläuternde Zugabe,

die Behandlung eines gemischten streitigen Stoffes, in der Anhalt - Cöthenschen Beschwerdesache, wie überhaupt, betreffend.

Der Herr Prof. von Dresch sagt in einer mehr angeführten Hauptstelle seiner Abhandlung (Beiträge S. 96.)

«Der Bund sey berufen, zu Aufrechthaltung eines Rechtszustandes, auch diejenigen Streitigkeiten zu *entscheiden*, die sich darüber erheben, daß ein Theil behauptete, in seinen Interessen (Rechten) von dem andern gekränkt zu seyn; was der andere läugnete, indem er anführe, er habe bloß *sein* Interesse (welches zugleich sein *Recht* sey) geltend gemacht »

Wir haben gezeigt, wie Preussen nicht — verhindert, sondern vergeblich sich bemüht habe, es zu allgemeiner Anerkennung zu bringen, daß gerade eine solche *Entscheidung*, als hier beschrieben worden, in dem Anhalt - Cöthenschen Beschwerdefalle Statt finden müsse; wie, bei der dagegen gemachten Einwendung und nach Natur derselben, die

Sache *ein Verfassungsverstreit* geworden, und bei ermangelnder regelmässiger Erledigung *verblieben*, auch *als solcher ausgegangen* sey.

Vorausgesetzt nun aber, die Erledigung wäre in dieser Beziehung erfolgt, so mit die *erste* Stufe, auf welcher die Sache erschien, nach Anleitung der von uns aufgestellten Untersuchungsfrage *zurückgelegt*, und bei der *Ungedenkbarkeit* einer *Competenz*, zu *präjudiciren*, die *vorgängige* Erweisung der *Rechtsnatur* im klagbar gewordenen Anhalt-Cöthenschen Interesse *zugelassen*; so hätte sich nunmehr die *Anwendung* des Ausspruchs des Hrn. v. Dr. für den itzt möglich gewordenen wirklichen *Sachverlauf* erst ganz eigentlich mit vollkommener Bestimmtheit ergeben.

Dafs diese Beschwerdesache, wenigstens fürs erste, gerade um eine solche Entscheidung schwebte, deren Bewirkung durch die Bundesversammlung Hr. v. Dr. für nothwendig erklärt, war *faktisch klar*. Denn sie schwebte buchstäblich nach Aeufserung *beider* Theile um die Frage:

Ob Anhalt-Cöthen schon mit der Wiener Congress-Acte dasjenige Recht im Interesse gewonnen habe, von welchem Preussen behauptete, dafs es erst mit Abschlufs des Elbschifffarths-Vertrages zu gewinnen sey. ¹⁾

Wenn dieses *nicht* der Fall sey, behauptete Preussen, so befände sich das in den zwei streitig gewordenen Interessen zur Geltung kommende Recht

¹⁾ Vergl. die Preussische Haupteerklärung. Protokoll, Bd. XI. S. 214 f.

— noch *im Hoheitsrechte Preussens* auf seinem Stromgebiet. Das Recht im *Anhalt-Cöthenschen* Interesse sey noch nicht *existent* geworden. Das Recht im Interesse sey noch *bei ihm*.

Anhalt-Cöthen beharrte bei der entgegengesetzten Ansicht.

Dafs eine Streitigkeit solcher, und keiner anderen Art als von Hrn. v. Dr. beschrieben worden, sich also — «*erhob*» lag deutlich vor.

Eben so deutlich das Mittel, sie zu *entscheiden: die Interpretation*.

Dieses Mittel blieb nun zwar nicht *unerwogen*. Weil aber seine Anwendung schliesslich nicht vorgeschlagen, sondern der Referatsantrag auf das eventuell präjudicirende Vermittelungs-Verfahren dennoch gerichtet ward, ²⁾ so erfolgte ³⁾ eine Aeufserung Preussens, die von dem wahren Sinne des Behaupteten sowohl für den vorliegenden Fall, als überhaupt, ein schliessliches Zeugniß abzulegen wohl geeignet war und folgendermassen lautet:

«In Beziehung auf die Erklärungen, die über
«die Unanwendbarkeit eines auf Rechts-entschei-
«dung deutenden Vergleichs-Verfahrens auf den
«vorliegenden Beschwerde-fall, diefsseits abgege-
«ben sind, ist die Gesandtschaft ihr Bedauern zu
«äufsern verpflichtet, dafs der jetzt erfolgte Vor-
«trag, nach einer, auf den Erweis erforderlicher
«Interpretation gerichteten sorgfältigen Ausfüh-
«rung, mit einem ganz unerwarteten und wesent-

²⁾ S. das Gutachten, Protok. Bd. XII. S. 143—184.

³⁾ Protok. Bd. XII. S. 136.

«lich verschiedenen Schlussantrage endigt. Jene
 «Interpretation würde eine Entscheidung zwischen
 «den streitenden Theilen, über die streitige Haupt-
 «frage herbeizuführen geeignet seyn: ob in dem
 «Beschwerdefalle ein gekränktes Recht oder ein
 «collidirendes Interesse Statt finde; welche zu-
 «vörderst zu bewirkende Entscheidung, dießs-
 «für die wesentliche Bedingung irgend einer be-
 «schlossenen hiesigen Verhandlung, fortwährend
 «gehalten wird. Der Wunsch diesseitiger Ge-
 «sandtschaft kann daher auch nur dahin gehen,
 «daß die bevorstehende Beschlußziehung auf jenen
 «vollständig entwickelten ersten Antrag des er-
 «folgten Vortrags zurückgehen möge»⁴⁾.

⁴⁾ Der anders gerichtete Schlussantrag war dadurch nur vorübergehend motivirt, daß auch Preussen sich neuerlich mit Annehmung eines Vergleichs-Versuches einverstanden erklärt habe. Da Preussen jedoch zeigte, daß hierin ein Irrthum und zwar eine Verwechslung des am Bundestage beabsichtigten *präjudicirlichen* Vergleichs-Versuchs mit einem allerdings gedenkbaren *freien* Versuche vorgegangen sey, und der Referent selbst die davon abhängende Richtung seines Antrags (Protok. Bd. XII. S. 137), mit der Bemerkung: «*daß Jedermann selbst der berufenste Erklärer seiner Worte sey,*» unbezweifelt anerkannte, so war auch dieser Schlussantrag, als von aller Motivirung nun entblößt, eben damit factisch zurückgenommen, und die vorangegangene, das Gutachten ausfüllende, wohl durchdachte Deduction auf Interpretation — als wirklicher Antrags Inhalt *factisch bestätigt*. — Dieser Antrags-Inhalt war auf 40 Seiten dahin genau motivirt:

daß binnen drei Monaten Instructionen zur Interpretirung eingeholt würden.

So bestimmt drückte also Preussen sich über das *Mittel* aus, der Verhandlung einen regelmässigen Fortgang zu verschaffen! So bestimmt und offen beugte es jeder *möglichen*, dennoch aber von einzelnen Urtheilenden wohl mehr oder minder verständlich geäusserten Vermuthung vor:

dafs es ein *wirkliches* Recht *des Gegners*, mit gehinderter Darlegung, für ein blosses *Interesse* ausgeben, oder, umgekehrt, sein eignes Interesse als *Recht ununtersucht aufdringen* wolle.

Wenn aber Preussen auf diese Weise verfuhr, wenn es sich so und nicht anders erklärte, *was* Anderes that es, als dafs es nochmals, somit *an zweiter Stelle*, (wo noch Einlenkung möglich war,) demselben Sachbedürfnifs, derselben Untersuchungs-Maafsregel *sich unterordnete*, die Hr. v. Dr. mit Recht bei Gegenständen solcher Lage für nothwendig erklärt?

Die bemerkte Schlufswendung, auf S. 185 angehängt, hatte kein anderes Motiv, als dasjenige, welches bemerktermassen gelöscht und als gelöscht vom Referenten überdem noch anerkannt ward. Wir machen hiermit freilich nur bemerklich, dafs dem Antrage eines einzelnen Referenten seine Wirkung entzogen ward. *Was* war aber *an die Stelle* eines so umsichtig gezogenen Resultates gesetzt? Erschien die Nothwendigkeit *nächst vorzunehmender* Interpretirung *in anderer Art wieder*? Oder mit welchen Gründen ward sie *widerlegt*?

Wie also Preussen schon früher die *Zulassung* der Rechtserweisung im Interesse nicht verweigerte, sondern forderte; so forderte es auch itzt und verweigerte nicht — *das Mittel*.

In unserer Hauptschrift ist aber bereits bemerkt, wie von der Bundesversammlung, selbst über einen erst eventuell präjudicirenden Vergleichsversuch hinaus, die auf zwei verschiedenen Wegen mögliche *Entscheidung der Hauptsache*, nicht der präliminären *Hauptfrage* (wegen der Rechtsnatur), die vielmehr das im Dunkel verbleibende Entgegengesetzte zu seyn schien, — ganz im bisherigen Sinne, d. h. die Entscheidung der Sache *als unbezweifelter Rechtssache*, unbedingt ausgesprochen, somit die unerledigt gelassene *Entscheidbarkeit* ⁵⁾, als welche eben nur durch das *zuvor* erwiesene Recht im Anhalt-Cöthenschen Interesse zu erledigen stand, *den Regierungen selbst*, wenn nicht in der ausgesprochenen Förmlichkeit, doch faktisch *anheim gestellt* worden. Denn irgend einem wirklichen Zweifel konnte nicht unterzogen werden, daß die Zurückführung der Sache auf den Gesichtspunkt Preussens (d. h. auf die zu entscheidende *Incident-Streitigkeit* im Sinne des Hrn. v. Dr.) sich als unumgängliches Erforderniß jeder noch noth-

⁵⁾ Vergl. die zweite und letzte Haupteklärung Preussens, Protok. Bd. XII. S. 311 f. Dieselbe belehrt über die stattgehabte *Form* der Verhandlung. Die erste Haupteklärung, Bd. XI. S. 214, erläutert das *Materielle* des Gegenstandes. Nur derjenige, der wenigstens diese zwei Erklärungen prüft und wiederlegt, kann berechtigt erachtet werden, eine entgegengesetzte Ansicht in der Sache auszusprechen.

wendig werdenden wirklichen Fortsetzung der Verhandlung dargestellt haben würde. Das ausgesprochene Präjudiz konnte nie genehmigt, sondern nur, bis zu wirklich geschehener Interpretirung, — als nicht existent betrachtet, somit der Anfang regelmäßiger Behandlung mit der Bestimmung gemacht werden, *dafs und wie die Interpretirung erfolgen solle*. Denn sehr richtig hatte das vorerwähnte Gutachten, in seinem ausführlichen Sach-Inhalt, bis auf den hypothetischen und hypothetisch irrigen Schluß erwiesen, dafs diese *Interpretirung* und zwar bei den *Regierungen*, zuvörderst zu veranlassen sey. Eine Wendung, mit welcher die *Vorgängigkeit* zu erweisender Rechtsnatur, ehe der Gegenstand an ein Gericht zur Sach-Entscheidung gelangte, in gleichem Sinne entschieden wäre, als Preussen dieselbe seinerseits angenommen hatte.

Es kam inzwischen von Seiten der Regierungen zu keiner Erklärung über die zweifache Entscheidung, demnach auch zu keiner über die Entscheidbarkeit, und deren schon begründetes oder verlangtermassen erst zu begründendes *Vorhanden seyn*. Das von Anhalt-Cöthen gesuchte Recht im Interesse ward, in der von Preussen angekündigten Art, *im Elbschifffahrts-Vertrage* erreicht, und wird fortan in ungestörter Geltung verbleiben, so lange nur *Anhalt-Cöthen selbst*, dasjenige Interesse, welches es am Bundestage hat geltend machen wollen, rechtlich begründet zu *haben*, sich glücklich schätzen wird ⁶⁾.

⁶⁾ Es ist hier, *sine ira et studio*, die innerste Sachbe-wandtnifs berührt. Wenn und sobald Anhalt-Cöthen

Nur zur Vervollständigung unserer Sachbeleuchtung fügen wir, in Betreff der *zwei* vorgeschlagenen Entscheidungswegè noch die Bemerkung hinzu, daß der zweite, neben der bis dahin beabsichtigten *eventuellen Einleitung des Austrägal-Verfahrens* (denn dafür war der, ungetrennt von sei-

sein Recht wirklich erwiesen hatte, mittelst der Elbe die beschlossene Unabhängigkeit seines Steuersystems an den Tag zu legen, konnte freilich die schließliche Nützlichkeit dieses Rechts für Anhalt-Cöthen, keinen Gegenstand der Betrachtung am Bundestage ausmachen. *Bis dahin* aber konnte allerdings wohl erwogen werden, was Preußen in einer Aeufserung, die ganz nachgelesen zu werden verdient, (Prot. Bd. XI. S. 219) folgendermaassen andeutete: «Wenn es für die herzoglichen Lande Unannehmlichkeiten haben kann, im Preussischen Gebiet eingeschlossen zu seyn, so hat es nicht mindere Unannehmlichkeiten für die Preussische Regierung, daß sich unter fremder Hoheit stehende Landestheile in ihrem Gebiet eingeschlossen befinden. — Zu freundschaftlicher Vereinigung ist die Preussische Regierung bereit. Es kann aber dieselbe nicht fördern, wenn nicht mit *Unbefangenheit* untersucht wird, auf welcher Seite die *Nachgiebigkeit* am leichtesten durch angemessene Entschädigungen *vergütet* werden kann.» — Mit Aeufserungen von solcher Klarheit suchte Preußen, *wo möglich*, noch eine unhefangene Ansicht aus dem *Mittelpunkte der Sache* herbeizuführen, indessen es übrigens wohl wufste, und in allen Erklärungen, bis zur letzten, zeigte:

daß, wenn unabwendlich einmal gestritten werden sollte, es am Bundestage lediglich *darauf* ankam: *ob das Verlangte rechtlich zu verweigern sey.*

nem Präjudiz, eingeleitete Vergleichsversuch nach unserer Hauptauseinandersetzung zu achten) nun noch auf denjenigen *Bundesbeschluss* verwies, in welchem, zufolge der Wiener Ministerial-Conferenzen Jahres 1820, die Ausführung der Wiener Congress-Acte in Beziehung auf die vorzunehmende Anordnung der Stromschiffahrt, noch der näheren Fürsorge der Bundesversammlung übergeben war. In welchem Sinne dieses geschehen sey, und in welcher Art demnach gegen den Beschluss allerdings gefehlt werden könne, ward von Preussen deutlich auseinandergesetzt, und gegen diesen, auf Förderung und Sicherung der zu Wien übrig gebliebenen *Vertragsabschlüsse* allein gerichteten Sinn konnte nicht geltend gemacht werden, daß Anhalt-Cöthen freilich auch zu Wien bereits *ein Mehreres gesucht* hatte. Ein Blick auf den Beschluss selbst ⁷⁾, und dessen buchstäbliches Verlauten beweist, daß derselbe nichts von *näherer Anwendbarkeit* auf den vorliegenden Beschwerdefall enthält oder *entwickelt*, als die Congress-Acte selbst; daß diese vielmehr das *Relatum*, der Be-

⁷⁾ Protok. Bd. IX. S. 227. Seinen Zweck drückt dieser Beschluss mit den Worten aus: «Um die durch die Wiener Congress-Acte Art. 109—116 zugesicherte Freiheit zu gewähren». Worin dieselbe schon itzt bestehen und gelten solle, war nicht näher, als angeführtermaassen mit Bezugnahme auf bemerkte Artikel erklärt, so wie es vor der Hand und vor der durch fernere Verträge zu bewirkenden Ausführung auch nicht näher erklärbar war. Demnach erhellte auch aus diesem Beschlusse nichts *Näheres* über die nach dem-

schluß das *Referens* ist, demnach unbedingt nur *dieselbe Interpretirung* den Beschluß wirksam zu machen vermocht hätte, mit welcher der Congress-Acte eine dem Anhalt Cöthensche Wünsche entsprechende Auslegung ertheilt worden wäre. Gedachte man, bei Hinzufügung *dieses* Entscheidungsweges, der Interpretation etwa eher noch Raum zu gestatten, als die Hinleitung zum gewöhnlichen Austrägal-Verfahren in einer Sach-Verbindung, wo man mit der *Voraussetzung* des Rechts anfieng, übrig zu lassen schien, so mußte dieser Weg nicht *als Entscheidungsweg* (im bisherigen Sinne) bezeichnet, das Präjudiz vielmehr deutlich von demselben getrennt, derselbe nicht zur Auswahl in gleiche Linie mit dem deutlich präjudicirenden Wege gestellt werden. Derselbe hätte vielmehr als ein offenes Verfahren sich darthun müssen, mit welchem der Zweck: einer präjudicirenden Einleitung vorzubeugen, demnach das Erforderliche in Mitte der Bundesversammlung zuvörderst zu leisten, deutlich angekündigt ward. In der Stellung aber und in dem

selben «unverbrüchlich zu haltenden *Vorschriften*.» Vielmehr ruht der ganze und wahre Nachdruck auf der neu eingegangenen ausdrücklichen Verpflichtung: «die deshalb schon bestehenden Unterhandlungen aufs Thätigste zu betreiben, und in der kürzest möglichen Frist zu beendigen.» Eine Verpflichtung, welcher nachzukommen Preussen, so wie die übrigen Elbuferbesitzer, sich notorisch mit bestem Erfolge bemüht haben, und nach welcher auch Anhalt-Cöthen nun wirklich in den Besitz des gesuchten Rechtes gelangt ist.

Ausdruck, welcher ihm wirklich ertheilt wurde, erschien er lediglich als ein Versuch, der Herzoglichen Regierung vielleicht noch auf kürzerem Wege (mit dem Namen *Vollstreckungsweg* bezeichnet) zu ihrem vermeinten Rechte zu verhelfen. Eine *Meinung*, welcher jedoch auch in der zweiten Beziehung, eine durchdachte Ansicht nicht zum Grunde lag: daß, wenn die zur Erweisung des Rechts an und für sich, als eines bereits existent gewordenen, unerläßliche Interpretation erfolgt und auch zu Gunsten des Beschwerdeführenden ausgefallen, noch mehr aber, wenn sie einstweilen umgangen war, nunmehr erst ein wirkliches Rechtsverfahren, dahin unumgänglich eintreten mußte, um die *Anwendung* des allein erst zur Geltung gebrachten oder vorläufig als geltend angenommenen *Gesetzes* auf den vorliegenden *Fall* zu beurtheilen und in rechtliche Ordnung zu bringen ⁸⁾.

⁸⁾ Es dürfte schwer seyn, über diese ganze Wendung der zwei Entscheidungswege ein anderes Urtheil zu fällen, als hier ausgesprochen worden. Dem Gedanken an und für sich: den über die Ausführung der Stromregulirung erfolgten Bundesbeschluss in alternative Mitberücksichtigung neben solchen Maasregeln zu nehmen, die sich auf den möglichen Eintritt eines gewöhnlichen Austrägal-Verfahrens bezogen, wäre verfassungsmässig nichts entgegen zu setzen gewesen. Es hätte jedoch auf das umsichtigste Aktenstück der ganzen am Bundestage erfolgten Verhandlung, das vorerwähnte Gutachten (siehe Anmerkung 4) soviel gedachte Rücksicht genommen werden sollen, um jene verfassungsmässige alternative Hinweisung in die *Frage* zu stellen:

Gerade aber darin, daß *ausser* dem in seiner Anerkennung verweigerten Unterschiede, oder vielleicht *an dessen Stelle*, nicht zeitig genug der praktisch *noch* unerläßlichere Unterschied zwischen dem selbst auch existent gewordenen Rechte und seiner bezweckten *Anwendung* gemacht oder erwogen ward, lag vielleicht das *Grundübel* der ganzen Verhandlung. Mit dem existent gewordenen Rechte an und für sich, war erst lediglich die

Ob der bemerkte Bundesbeschluss, wenn auch derselbe die gleiche Interpretirung als in dem Gutachten deducirt worden, nothwendig erscheinen lasse, (um das Gesetz und Material zu der geforderten Entscheidung zu gewinnen) dennoch schliesslich und *wenn die Interpretirung geschehen*, vielleicht solche Verkürzungen des Verfahrens darbiete, die der Vollziehung eines speciell gefassten Bundesbeschlusses über vorkommende Angelegenheiten gemäfs seyen?

(als womit sodann und in *diesem* Zusammenhange auf die vielleicht möglich werdende Entscheidung *durch die Bundesversammlung* selbst, ohne eintretendes gerichtliches Verfahren, jedoch wiederum mit der Vorsicht gedeutet wäre, welche die noch unberücksichtigt gebliebene Anwendung des Gesetzes auf den Fall nöthig machte. Daß aber die neu hinzugekommene Beschluss-Prämisse, in einen solchen fragenden Zusammenhang gar nicht gestellt worden, ist oben gezeigt. So wie sie wirklich hinzugefügt ward, verschwand vielmehr nun *völlig*, jener einzige klare und annehmbare, auch von Preussen willig ergriffene *Fingerzeig*, nach welcher in der Wirklichkeit ein rechtlicher und verfassungsmäßiger Fortgang der Sache noch zu gewinnen schien:

Anhalt-Cöthensche *Voraussetzung* berichtigt; und erst jetzt hub die Frage an: *Ob denn Anhalt-Cöthen schon mit dieser blossen berichtigten Voraussetzung, wie es allerdings wohl zu erkennen gab, dasjenige Unrecht Preussens wirklich erwiesen hätte, welches es zu erweisen die Absicht hatte.* Bei jeder gedenkbaren Klarstellung der auch von uns bis dahin lediglich beurtheilten Anhalt-Cöthenschen Voraussetzung, war stets noch *das* Geschäft übrig, auf welches wir jetzt näher zurückzukommen uns um so mehr veranlaßt hatten, da dessen Auseinandersetzung den Gegenstand völlig aufklären und zugleich seinen vielleicht noch übrigen Zweifel wenn nicht mehr über den wirklichen Grund, doch, über die *Wichtigkeit* oder *Nothwendigkeit* der Preussischen Einwendung heben muß. — Es ist dieses der Zweifel:

Ob nicht die bis dahin als nothwendig gezeigte Vor-Erweisung der Rechtsnatur ein mit der *schliesslichen Rechts-Erweisung in dem Beschwerde-Gegenstande* ganz zusammenfallendes Geschäft oder doch das eine wie das andere so wenig verschieden, oder von so verwandter Natur gewesen wäre, daß selbst mit Einleitung einer anscheinend präjudicirenden ersten Mafsregel nichts verloren gewesen wäre, vielmehr dem Verlangen Preussens auch später im wirklichen Rechtsverfahren noch immer hätte entsprochen werden können und müssen?

Das Unbestimmte und Schwankende im Gedanken und in der Bezeichnung einer solchen Meinung,

liegt in ihrer Beschaffenheit, so wie sie bei Solchen vorhanden seyn kann, welche Gegenständen dieser Art nicht mit geübter Aufmerksamkeit zu folgen gewohnt sind. Um Etwas bestimmter würde diese, auch wohl öffentlich vernommene, Ansicht etwa dahin lauten:

Dafs in weiterer Führung der Sache, auch wenn dieselbe zum Austrägalverfahren hingeleitet worden, demnach an ein Tribunal wirklich übergegangen wäre, doch auch dieses die Einwendungen Preussens, in so weit sie am Bundestage unerledigt geblieben seyen, *seinerseits* hätte vernehmen und zu rechtlicher Erledigung führen müssen; welche Erledigung also auch in Hinsicht auf die Frage: ob Anhalt-Cöthen nur ein Interesse, nicht aber ein Recht auf seiner Seite habe? noch füglich hätte eintreten können.

Wenn die letztgedachte Möglichkeit *bestimmt und offen* erklärt, und derselben solchergestalt *Folge gegeben* ward; so wurde die ganze Verhandlung damit berichtigt und der Widerspruch Preussens fand nicht mehr Statt. Denn damit wäre nun zugleich erklärt, indem man den Verfassungsstreit faktisch fallen liefs: dafs der eintretende Vergleichsversuch *nicht präjudizirend* seyn solle, oder mit andern Worten: dafs *aus demselben* und *bis dahin* ein klar und erwiesen anzunehmendes Recht an Anhalt - Cöthenscher Seite, in irgend einem, selbst auch ganz allgemeinen Sinne als bereits vorhanden *nicht zu folgern* sey. Noch weniger konnte, wenn man das Vorbemerkte aussprechen oder an-

deuten wollte, die auf zwei Wegen mögliche Entscheidung *im bisherigen Sinne* und ohne offne Zwischenerklärung letzterer Art ausgesprochen werden. Weil aber nichts Berichtendes solcher Art und Deutung erfolgte, der präjudizielle Vergleichsversuch *nicht* zurückgenommen, oder, als nicht präjudiziell verstanden, *nicht erklärt*, vielmehr die ganze mißliche Sachstellung völlig unaufgeklärt gelassen wurde, demnach auch der Verfassungsstreit *als solcher* eingemischt blieb, so stellte eine Meinung vorangeführter Art sich auch nie mit geringster Klarheit heraus. Vielmehr verblieb der ganzen Ansicht, wo sie in jener allgemeinen Art sich etwa bemerken liefs, anscheinend der Gedanke einer *Möglichkeit*, daß ein Tribunal in einer ihm übergebenen Streitsache zwischen Bundesgliedern, über einen solchen unerledigt gelassenen *Verfassungsstreit*, und eine nicht geleistete *Interpretation der Tractaten und Anordnungen*, eben sowohl als endlich auch und schliesslich über das eigentliche *letzte Streitobjekt*, nicht nur entscheide, sondern zuvor auch den Gesamtgegenstand, in welchem alles Dieses unaufgeklärt und gemischt eingewickelt geblieben war, zu diesem Zweck nun seinerseits erst ordne und aufkläre, berichtige und feststelle!

Eine Möglichkeit, deren Unterstellung Preussen zur Warnung vor compromittirender Rückwirkung veranlafste, und über welche hier Folgendes näher bemerkt werden mag, so vollkommen es auch *im Allgemeinen* ohne Weiteres einleuchten könnte,

wie wenig angemessen es seyn dürfte, ein so gemischtes und complizirtes, für eine *gerichtliche Competenz* ganz ungeeignete *Bestandtheile* enthaltendes Geschäft einem Gerichte zu übertragen. Eine Entwicklung der damit geforderten *Leistungen* wird noch entschiedner urtheilen lassen.

Voraus bemerken müssen wir aber noch, wie diejenigen, welche dieser Meinung wären, schon fürs Erste übersehen würden, welche vollkommen rechtliche Consequenz ein Tribunal aus dem nichts weniger als unbegründeten Schlusse hätte ziehen können,

daß Preussen, in ein rechtlich präjudizirendes Vergleichsverfahren sich einlassend, auch ein durch die Wiener Congress-Acte bereits erworbenes Recht von Anhalt-Cöthen *im Allgemeinen*, des anfänglichen Widerspruchs ohnerachtet, wohl anerkannt haben müsse, demnach es sich nur noch von Untersuchung *des That s ä c h l i c h e n* und der *Anwendung* des an und für sich als entschieden nach seinem Inhalt anzunehmenden Gesetzes *auf dasselbe* handle u. s. w.

Ein Schluss, welcher um so richtiger hätte gezogen werden können, wenn, wie es in andern Austrägalfällen geschehen, sämtliche stattgehabte Verhandlungen, in welchen der Widerspruch Preussens und die erfolgten Entgegnungen unerledigt enthalten gewesen wären, *ohne Weiteres* dem Gerichte mit überliefert worden wären; wobei es seinerseits schwerlich an die stillschweigende Zumuthung einer zu schlichtenden Verfassungstreitigkeit und einer

zu leistenden Interpretation hätte denken, sondern viel eher die Meinung fassen können: da man in einem angefochtenen Verfahren fortgeschritten sey, so wäre wohl anzunehmen, daß der Anfechtende den Widerspruch schliesslich habe fallen lassen.⁹⁾

Für den vorliegenden Fall wollen wir inzwischen nun annehmen, daß der von uns bemerkte Schluß gerichtlich *nicht* gezogen, sondern eine wirkliche Entwicklung des gesammten, in Anregung gekommenen und unerledigt gebliebenen streitigen Stoffes unternommen wäre.

Es leuchtet ein, daß der Streit dann in seinen von uns bezeichneten drei Stufen vor das Gericht gelangte:

- 1) als Verfassungsverstreit;
- 2) als Interpretationsstreit;
- 3) als eigentlicher, mit Anwendung des Gese-

⁹⁾ Wir haben auch bei diesem Anlasse an das erinnern wollen, was, als streng richterliche Consequenz und streng richterliches Geschäft, zu allen Zeiten gegolten hat, da es nach mehreren am Bundestage erhobenen Beschwerden über Anstöße verwandter Art bei *Anordnung* der Austrägalssachen, wie die Protokolle erweisen, den Anschein hat, als sey an das Bemerkte nicht hinreichend gedacht worden. Bei der völligen *Neuheit* der Formen, für welche selbst etwas Analoges aus vormaligen Verhältnissen oft nicht aufzufinden ist, hat man sich nicht sowohl *hierüber* Vorwürfe zu machen, als es Vorwurf verdienen würde, aus stattgehabten Verwickelungen keine Resultate zu ziehen, durch welche für die Zukunft denselben vorgebeugt werden kann.

tzes auf das Thatsächliche des Falles beschäftigter Rechtsstreit.

Was *Erstens* den Verfassungsstreit betrifft; so hätte dem Gerichte die Frage vorgelegen:

Ob die *Einwendung* Preussens, daß Anhalt-Cöthen nur ein Interesse (ein vor der Hand noch rechtloses) geltend machen wolle, wiewohl anscheinend gegen den Buchstaben der provisorischen Verfassung in der Streitigkeits-Entscheidung gerichtet, für eine *solche*, welche Unmöglichkeit und innern Widerspruch in der fraglichen Anwendung darthue, zu halten, demnach zuzulassen sey oder nicht?

Um diese Frage zu beantworten, hätte das Gericht zuerst diejenigen Artikel der Schlussakte, die das Streitigkeits-Verfahren überhaupt betreffen, namentlich den Art. XXI, als die provisorische Gültigkeit der bisherigen Anordnung verfügend, erörtern, zugleich aber diese *Anordnung* an und für sich zu dem Ende prüfen müssen, um zuvörderst die gesetzliche Vorschrift, welche dem gegen die preussische Einwendung gerichteten Zweifel zum Grunde lag, *an und für sich* gehörig zu würdigen. Die Unmöglichkeit aber, oder den innern Widerspruch stattfindender Anwendung des Art. XXI im vorliegenden Falle zu prüfen, hätte das Gericht *die allgemeine Nothwendigkeit* der Unterscheidung zwischen Rechten und Interessen bei Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern, nach allgemeinen Begriffen, auch im Allgemeinen untersuchen, und ihr Verhältniß zu den ersten Grundbestimmungen

der Streitigkeitsmaterie in der Bundes-Acte prüfen, demnach in dieselbe Erörterung, in welche wir gemeinschaftlich mit Hrn. v. Dresch in *unsrer* Untersuchung eingegangen sind, auch seinerseits eingehen, d. i. nicht *richterlich*, sondern *legislatorisch* oder *wissenschaftlich*, die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit bisheriger gesammter Anordnung würdigen müssen. Wenn dieses Alles geschehen und über die *Nothwendigkeit*, demnach auch über die *Zulässigkeit* einer solchen Unterscheidung, in Vergleichung des Grundvertrages des Bundes, und seiner in der Schlussakte enthaltenen näheren Bestimmung, geurtheilt war; so erfolgte nun endlich die Anwendung der Unterscheidung auf *die vorliegende Sache*, jedoch immer nur noch *insofern*, als nunmehr erst diejenige, jedenfalls unumgängliche *Interpretation der Wiener Congress-Akte* an und für sich geleistet werden mußte, welche bei einem solchen Verfahren gleichfalls unterblieben war. ¹⁰⁾

¹⁰⁾ «*Jedenfalls unumgänglich*» nannten wir die Interpretation insofern, als sie irgend einmal erfolgen mußte, wenn sie auch im Zusammenhange einer vorausgegangenen Unterscheidung zwischen Rechten und Interessen, als nur durch das präjudicielle Vermittlungsverfahren abgenöthigt, nicht herbeigeführt ward. Vielmehr ist entgegengesetzt klar, daß jenes ganze Präliminare als überflüssig *unterdrückt* war, sobald die Nothwendigkeit der Interpretation, als jedenfalls doch einmal erforderlich, durchschaut wurde. Wir wissen demnach auch sehr wohl, daß das Gericht, welchem die ganze unberichtigte Verhandlung, demnach auch die Verfassungsfrage wegen jener Unter-

Auch damit erhellte nun aber noch immer nicht, daß die *Anwendung*, welche Anhalt-Cöthen auch von einer in seinem Sinne erfolgten Auslegung mache, den Anspruch *selbst, wie* er gemacht werde, auch als rechtlich bestehend darthue. Erst dann vielmehr, wenn alles Vorbemerkte geschehen, das Gericht demnach die Bundesakte, die Schlufsakte, das provisorische Streitigkeits-Regulativ, nebst der Wiener Congress-Akte, in den betreffenden Punkten und Rücksichten geprüft, und nach allen er-

scheidung mit übergeben wäre, seine Sachbeurtheilung sehr bald vielleicht zu *dem* Resultate gefördert haben könnte, daß ihm jene Unterscheidung, wenn auch im Allgemeinen keinesweges unstatthaft, doch zu Entscheidung der Sache jedenfalls überflüssig erscheine, indem es seinerseits, um zu einer möglichen Rechtsfindung in der Sache zu gelangen, der gesetzlichen Gewifsheit darüber: ob das von Anhalt Cöthen angesprochene Recht bereits existent geworden sey oder nicht? demnach auch der Interpretation, die zu dieser Gewifsheit führe, — unbedingt bedürfe. Dieses war eine mögliche *dritte* Wendung, die das Gericht nehmen, und mit welcher es eben sowohl jene gegen Preussen gezogene, wiewohl strengrechtliche, dennoch *der einmal übergebenen Streitesmischung in allgemeiner* Rücksicht *nicht* entsprechende Consequenz, als seine Einmischung in einen Verfassungstreit oder die oben entwickelte *zweite* Wendung beseitigt hätte. Wenn aber jede dieser Wendungen kompromitirend zurückwirken mußte; so that es doch die itzt bemerkte am entschiedensten, indem das damit ausgesprochene Urtheil die Preussen abgeforderte *Zulassung eines Präjudizes* am einfachsten aufgeklärt und gewürdigt hätte.

forderlichen Momenten verglichen und gewürdigt hätte, und wirklich nun *entschieden* wäre, daß das *gesuchte* Recht im Interesse, (*insoweit* solches *überhaupt* aus der *Wiener Congress-Akte* zu entnehmen sey) Anhalt-Cöthenscher Seits Statt finden werde; — erst nun hätte, zu Erledigung der letztbemerkten *Voraussetzung*, die alles bis dahin Erreichte befaßte und ausdrückte, die mögliche Entscheidung der *Beschwerde an und für sich*, nach ihrem itzt näher zu beurtheilenden, wirklichen *Objecte*, oder nach dem wirklich Thatsächlichen der Veranlassung, als dasjenige Geschäft *ungemischt* vorgelegen, welches eigentlich allein für ein richterliches erkannt werden konnte. Für dieses Geschäft wäre die bestimmte Streitfrage sodann endlich folgende gewesen:

Ob Preussen, selbst die nun erwiesene, bereits vorhandene Geltung der Congressakte in dem gemeinten Sinne vorausgesetzt, *durch* die verlangte *Steuerdeponirung* auf der Elbe, gegen das *solchergestalt* erworbene Recht in dem als beeinträchtigt *angebrachten* Interesse, denn nun auch *wirklich verstoßen* habe? d.i. ob die von Preussen geforderte *Steuerdeponirung*, zum Zwecke der *Sicherung* gegen *Schleichhandel* mit unversteuerten Waaren, in seinem eigenen Gebiet, — *näher betrachtet*, auch gegen das für Anhalt-Cöthen erwiesene Recht: *eine Deteriorirung des Elbschiffahrtzustandes in der Zwischenzeit bis zum Conventions-Abschluss* zu verhindern, wirklich verstoßen hätte, wenn auch für eine

solche Deteriorirung, nach dem Anschein, *nur* eine Erhöhung der auf der Elbe einstweilen noch geltenden Zollsätze *als solcher*, und insbesondere deren definitive *Erhebung* gerechnet werden zu können *scheine*?

Eine Frage, welche, wenn die Interpretation nicht erschöpfend und voraussehend geleistet worden, selbst noch einmal auf diese Interpretation zurückgeführt haben würde, um endlich wirklich zu der Entscheidung zu gelangen:

Ob das von Anhalt-Cöthen behauptete Recht im Interesse auch wirklich *behauptetermaaßen* d. h. mit Kraft gegen das von *Preussen* behauptete *Hoheitsrecht in der verlangten Steuerdeponirung* begründet sey oder nicht?

Dieses Alles also, nichts ausgenommen, hätte dasjenige Gericht, welchem die Entscheidung der Anhalt - Cöthenschen Beschwerdesache in so gemischter Beschaffenheit übertragen wäre, leisten müssen, um endlich das Anhalt-Cöthensche Recht im Interesse *so wie es behauptet worden*, zuzuerkennen oder abzusprechen. Eine solche Gesamtaufgabe wäre an das Gericht von Denjenigen gestellt, die, mit Einführung eines eventuell präjudizirenden Vermittlungs-Verfahrens, einem Gegenstande, welcher sich mit dem Anschein zu erwartender gütlicher Ausgleichung gleich zu Anfang *nicht* zeigte, (dieselbe demnach am wenigsten auf *diesem* präjudizirlich drohenden, die Beschwerdeführenden zu gütlicher Ansicht keinesweges auffordernden Wege gefunden haben würde) voraus-

sichtlich auch *die unfehlbare Hinleitung* zu gerichtlicher Einwirkung schon zugleich ertheilt und bei dieser Einwirkung die gerichtliche Schlichtung und Anordnung alles Ungeschlichtet- und Ungeordnet-Gebliebenen, Ueberhörten und Uebergangenen, möglich erachtet hätten. Ein Fall, den wir voraussetzen *genöthigt* gewesen sind, unverantwortlich übrigens für Alles, was darin rechtlich, wie verfassungs- oder auch zweckmässig erscheinen möge oder *nicht*.

Wir sind nur der *Möglichkeit* und *Nothwendigkeit* gefolgt, uns mit einem *Rechtslehrer* über einen Gegenstand näher einzuverständigen, welchen nach sachlicher und geschichtlicher Beschaffenheit zu prüfen, ein solcher vollkommen geeignet ist. Wie wir übrigens schon in unserer ganzen Erörterung auf mehrere Einlenkungsstellen getroffen sind, wo die Sache Klarheit und Fortgang gewinnen konnte; so treffen wir auch hier schliesslich noch auf eine solche, und zwar auf diejenige, die wohl vor Allem und ganz entscheidend jene Wirkung zu leisten geeignet gewesen seyn dürfte.

Wenn nämlich *jede* Entscheidung der Sache *nach dem vorentwickelten Verlauf*, (wo sie auch gesucht wäre, und selbst am Bundestage, und *durch* die Bundesversammlung) sich bedeutend schwierig gezeigt haben würde, so wäre der Gedanke wohl sehr natürlich gewesen, dass, ehe man sich so weit aussehenden Auseinandersetzungen unterzöge, um ein Recht, welches schliesslich die von Anhalt-Cöthen erwartete *Wirkung*, vielleicht nicht einmal *leistete*, zu *erweisen*, — lieber vorgezogen

werden möchte, die Voraussetzung: daß die Congressakte mit der von Anhalt-Cöthen behaupteten interemistischen Kraft *überhaupt* versehen sey, — einstweilen ganz ununtersucht zu lassen, um zuvörderst zu sehen, ob auch *dasjenige* Hinderungsrecht, welches eigentlich *thatsächlich* angesprochen ward, auch wirklich, *näher betrachtet*, selbst in dem interemistisch erworbenen Rechte unwiderleglich *enthalten* sey? Eine Frage, welche zu erörtern schon ganz zu Anfang¹¹⁾ in der preussischen Haupterklärung die Materialien an die Hand gegeben waren, die jedoch im ganzen Streitverlaufe, eben wegen der im Dunkel verbleibenden *Vermischung eines ungeordneten formellen und materiellen Stoffes*, nie hervorgehoben ward, wiewohl sie, bei wirklicher *Erörterung* eines, verdienstliche Aufklärungen allerdings enthaltenden Vortrages, ohne Zweifel hätte zur Sprache kommen müssen. Da übrigens eine nähere Rückerinnerung an diese, schon damals auf Unterscheidung zwischen einem auch wirklich aus der Congressakte bereits erworbenen Rechte und der *Anwendung* eines solchen Rechtes auf die verlangte Steuerdeponirung *als solche*, geleitete Aufmerksamkeit, füglich nur mit denselben wohl bemessenen Worten geschehen könnte, mit welchen sie durch das angeführte Protokoll zu allgemeiner Kenntniß gelangt ist, so beschränken wir uns darauf, die wesentliche *Realität* jener Unterscheidung zwischen dem wirklich auch erwiesenen schon existenten Rechte und dessen Anwendung auf den

¹¹⁾ Protok. Bd. XI. S. 221. 222.

Beschwerdefall, noch aus der letzten Erklärung erhellen zu lassen, welche, da diese Unterscheidung *im Verlaufe der Sache* nun einmal unbeachtet geblieben war, Preussen, in Beziehung auf eine von Anhalt-Cöthen schliesslich beabsichtigte Entschädigungs-Forderung, noch zu einiger Erwägung zu bringen, in der 5. Sitzung J. 1822 ¹²⁾ erneuerten Anlaß erhielt. Es war Anhalt-Cöthenscher Seits von einer angeblich zu fordernden «Zurückgabe der *seit drei Jahren* auf der Elbe *erhobenen* Verbrauchssteuer» gesprochen. Preussen erwiederte:

«Soviel hier bekannt, und in beiderseitigen Erklärungen angemerkt worden, hat selbst nur Ein *Anforderungsfall* einer zu *deponirenden* Steuer auf der Elbe statt gehabt. Die dießsseitige Gesandtschaft ist aber begründet mehr zu sagen. Von der Königlich-Preussischen Regierung ist niemals etwas Anderes verlangt, als: *Deponirung* der Verbrauchssteuer, bis eine angemessene Sicherheit durch die Elbschifffahrtsakte erhalten worden. Wenn Anhalt-Cöthensche Schiffer und Kaufleute die Verbrauchssteuer wirklich deponirt hätten; so würden sie ungehindert die Elbe haben passiren können, welche und wie viel Waaren sie auch eingeführt haben möchten. Nachdem nun die Elbschifffahrtsakte abgeschlossen und eine andre Art der Sicherstellung für Preussen erreicht worden, würde der Zeitpunkt eingetreten seyn, wegen *Rückgabe* der deponirten Gelder zu unterhandeln. Dieser Unterhandlung war Königlich-Preussischer Seits entweder die po-

¹²⁾ Protok. Bd. XIII. S. 214. 215.

sitive und direkte *Nachweisung* eines *dadurch* erlittenen Schadens zum Grunde zu legen: «daß die Waaren, deren Declaration für Anhalt-Cöthen geschehen, in das preussische Gebiet wirklich eingebracht worden;» oder es mußte derselbe Schaden, wenigstens in einer solchen Art wahrscheinlich gemacht werden, daß man Preussischer Seits *von* Anhalt-Cöthen die *Widerlegung* der dafür streitenden Vermuthung hätte fordern können. Wenn das Eine oder Andre, die Nachweisung oder die Wahrscheinlichmachung bis zu dem bemerkten Maasse — *nicht* erfolgte: so hätte Anhalt-Cöthen seine sämtlichen Depositen zurück erhalten, und eben so wenig als Preussen einen wirklichen Verlust aus einer Maasregel erlitten, die preussischer Seits allein zu Abwendung eignen Schadens angeordnet gewesen.»

Es bedurfte bei schon beseitigter Sache, und da das Depositum so wenig einmal als öfter *wirklich erlegt*, sondern Schiff und Waare liegen geblieben war, der weiteren Ausführung, demnach auch der Hinzufügung nicht mehr:

Daß, wenn Anhalt-Cöthen in *diesem* Zusammenhange wirklich hätte zahlen oder seine Depositen verlieren müssen, Solches *nicht* im Zusammenhange einer *auf der Elbe* verlangten *neuen Steuer*, oder *dasselbst* erhöhter Zollsätze für *transitirende* Waaren, sondern *im Zusammenhange erwiesenen Schleichhandels im eigenen Gebiet* geschehen wäre, welchen Schleichhandel auch mittelst des eigenen Stromgebietes zu verfolgen der preus-

sischen Regierung doch *ohne Zweifel* unbenommen war, *so lange* nicht verfassungsmässig erwiesen worden, dass der Inhalt der fraglichen Artikel der Congressakte, selbst auch diese mittelbare Verfolgung des *Schleichhandels* bei der Stromschifffahrt bereits zu verhindern *die Kraft gehabt hätte, wenn auch die Sicherung desselben Zweckes durch anderweitige Mittel, erst mit völliger Anordnung der Stromschifffahrt durch den Conventions-Abschluss zu erreichen stand.*

So viel Licht würde schon allein die gesuchte Einverständigung über ein durch die Wiener Congressakte auch *wirklich erworbenes* Recht und dessen *vermeintliche*, des Beweises jedoch noch *sehr bedürftige* und schwerlich *jemals fähige Anwendung*, — über einen Gegenstand verbreitet haben, bei welchem ein stets verweigertes Eingehen in allgemeine und besondere Gesichtspunkte, wie sie auch berührt und ausgeführt werden mochten, bei seiner unverkennbaren *Schwierigkeit*, befriedigende oder in irgend einer Beziehung erfreuliche Resultate niemals herbeiführen konnte. Auf dem *kürzeren Wege jener Unterscheidung* zwischen dem angesprochenen Rechte *an und für sich* und seiner *Anwendung* im vorliegenden Falle, wäre, nach aller Wahrscheinlichkeit, der unangenehmen *Verwicklung des Gegenstandes*, an der *an und für sich* übrigens stets unentbehrlichen Unterscheidung *zwischen Rechten und Interessen* vorgebeugt. Es wäre auf erstgedachtem kürzeren Wege, nach aller Wahrscheinlichkeit, bald hervorgegangen, dass, wenn auch die

Voraussetzung einer *interemistischen* Geltung der Congressakte *günstig* für Anhalt-Cöthen entschieden werde, dennoch *das Recht im Interesse*, sowie *es von Anhalt-Cöthen behauptet werde*, bei hinzukommender Anwendung jenes Resultats auf das Thatsächliche des vorliegenden Verhältnisses, *nicht zu erweisen sey*.

Die Anhalt-Cöthensche Beschwerde-Sache war und verblieb am Bundestage ein seltsam gemischter und verdunkelter Streit, zu dessen bundesgemäßer Aufklärung die Preussische Regierung es ihrerseits an offner Auseinandersetzung niemals hat fehlen lassen, folgend derselben Maxime, die in fremder Zunge besonders treffend einst folgendermaassen ausgesprochen worden:

« *Dans les questions difficiles il n'est qu'un*
 « *moyen, de les traiter, c'est la franchise,*
 « *et qu'un moyen de les discuter, ce sont les*
 « *principes.* »

Wegen Entfernung des Autors von dem Druck-
orte haben sich folgende Fehler einge-
schlichen, die man beim Lesen zu ver-
bessern bittet.

Seite 19. Zeile 3. statt könnte lies könn ten.

» 44. » 9. v. u. statt den lies denselben.

» 45. » 1 u. 2. » streitiger Rechte lies strei-
tiger Interessen nicht Rechte.

» » » 16. statt betreffende lies betreffenden.

» 46. » 5. » Leistungsformen lies Leistungs-
Formen.

» 59. » 11. » hatten lies halten.

» » » 13. » seinen lies einen.

» 68. » 3. v. u. statt die lies den.

Wendell.

I N H A L T.

Einleitung. Nutzen wissenschaftlicher Theilnahme. S. 5 — 12.

I. Die Unterscheidung ist von einem Interesse behauptet, in welchem nur ein Nützliches, nicht aber ein Rechtliches irgend einer Gattung vorhanden oder bis dahin erwiesen sey. S. 12 — 23.

II. Unter welchen Umständen die Zulassung der Unterscheidung vorübergehend verhindert worden. S. 23 — 31.

III. Dass solches nur anscheinend mit Zustimmung eines deutschen Rechtslehrers geschehen sey. S. 31 — 37.

IV. Wie dieselbe Unterscheidung schliesslich in einen allgemeinen Antrag verfasst worden. S. 38 — 46.

Erläuternde Zugabe, die Behandlung eines gemischten streitigen Stoffes in der Anhalt-Cöthenschen Beschwerde-Sache, wie überhaupt, betreffend. S. 47 — 74.

Beyträge zur Wissenschaft und Literatur des deutschen Bundesrechts

Bonn 1823

J.publ.g. 91 h

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10558616-6